STADTKLOTEN

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

10. Sitzung des 13. Legislaturperiode vom 03.12.2019

Vorsitz	Ratspräsident	Heiri Brändli
Anwesend	Gemeinderat	32 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Kurt Hottinger
		Roger Isler
		Regula Kaeser-Stöckli
		Gaby Kuratli
		Priska Seiler Graf
		Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Denise Meyer
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	--
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21:20 Uhr	

Traktandenliste

1 Protokollgenehmigung
2 Mitteilungen
3 Klotener Volksinitiative "Wohnen für alle"
4 Stiftung Sporthalle Kloten; Erhöhung der finanziellen Beteiligung
5 Genehmigung Budget 2020 und Festsetzung Steuerfuss 2020
6 Interpellation; Andreas Keller, FDP; Wachstumsprognose für Kloten;
Begründung durch den Interpellanten
7 Interpellation; Christoph Fischbach, SP; Tief Löhne in der Stadt Kloten inkl. Flughafen;
Begründung durch den Interpellanten
8 Diverses

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur 10. Sitzung der 13. Legislaturperiode. Er übergibt zu Beginn dem soeben eingetroffenen Samichlaus das Wort, der ca. 15 Minuten zum Gemeinderat spricht.

Einen speziellen Willkommensgruss richtet der Ratspräsident an Marc Denzler, glp, der für Mats Rieder im Gemeinderat nachgerückt ist.
Auch Adina Krieger, Praktikantin der Stadtverwaltung, welche neben dem Bock Platz genommen hat und Gerry Kalt auf der Tribüne, der einen kurzen Springereinsatz als Ratssekretär hatte und dann plötzlich aus gesundheitlichen Gründen ausfiel, werden herzlich willkommen geheissen.

Es sind keine Entschuldigungen eingegangen, somit sind 32 Gemeinderäte anwesend. Das beutet ein absolutes Mehr von 17.

Der Ratspräsident stellt fest, dass die Einladung und die Unterlagen fristgerecht am 21.11.2019 verschickt worden sind. Auch die Aktenauflage ist ordnungsgemäss erfolgt. Die Anträge zum Budget sind teilweise relativ kurzfristig verschickt worden, was aber erlaubt ist, da auch Anträge während der Sitzung noch möglich sind.

Den Pressevertretern wurde zu Beginn die Erlaubnis erteilt, während dem Samichlausbesuch zu fotografieren.

Es gibt keine Änderungsvorschläge zu der vorliegenden Traktandenliste.

1
Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 9. Gemeinderatssitzung der 13. Legislaturperiode vom 5.11.2019 wurde am 19.11.2019 allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zugestellt. Es gab keine Rückmeldungen bzw. Änderungen.

Auch heute wird das Wort nicht verlangt. Somit ist das Protokoll genehmigt und wird verdankt.

2
Mitteilungen

Mitteilungen aus der Ratsleitung

- Die Beschlüsse der Sitzung vom 3.9.2019 sind rechtskräftig.
- Die Fachhochschule Nordwestschweiz fragte mit E-Mail vom 30.10.2019 an, ob der Gemeinderat Kloten seine Audio-Aufzeichnungen der Sitzungen zur Verfügung stellen würde für die Forschung maschineller Spracherkennung von Schweizerdeutsch. Die Ratsleitung beschloss am 18.11.2019, der Fachhochschule Nordwestschweiz, Gesuchsteller Michel Plüss, die Audioaufnahmen der Gemeinderatssitzung vom 3.12.2019 sowie der künftigen Gemeinderatssitzungen gemäss in der Datenschutzerklärung genanntem Verwendungszweck zur Verfügung zu stellen.
- Es liegt ein Lebkuchenherz auf dem Tisch. Das ist ein kleines Dankeschön vom Verein Freiwillig@Kloten mit neuem Logo.

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Folgende Informationen sind den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden:

- 5.11.2019 Antwort des Stadtrats auf die kleine Anfrage von Roman Walt, glp, Stellenbesetzungen Bereich Bildung + Kind auf das Schuljahr 2019/2020
- 7.11.2019 MM Gelungener Start der GeKoZH in Kloten
- 9.11.2019 Save the Date 1. Workshop "Gestalten Sie Kloten mit"
- 12.11.2019 MM Einladung zum Spatenstich der Asylunterkunft
- 25.11.2019 Genehmigung Finanzplanung 2019-2023
- 3.12.2019 Einladungen zu "Gespräche mit Ausblick"

3
Klotener Volksinitiative "Wohnen für alle'

Der Stadtrat beschloss die Gültigkeit der Volksinitiative "Wohnen für alle" (Vorlage 6246) im Sinne von § 130 Abs. 1 GPR und empfiehlt dem Gemeinderat mit Beschluss-Nr. 02-2019 vom 8. Januar 2019, die Volksinitiative "Wohnen für alle" zuhanden der Urnenabstimmung abzulehnen.

Es liegt ein Abschied der GRPK vor. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich, die Vorlage 6246 abzulehnen. Der Vorsitzende gibt dem Referenten der GRPK, Reto Schindler, das Wort.

Reto Schindler, Grüne, erklärt namens der ***GRPK***, dass diese sich mit der Initiative auseinandergesetzt und auch die gesamten Antworten des Stadtrats dazu erhalten hat. Sie hat auch die Initianten eingeladen, die Initiative vorgestellt bekommen. Die Mehrheit der GRPK kam zum Schluss, die Initiative grossmehrheitlich abzulehnen und dem Gemeinderat nicht zur Annahme empfehlen.

Wortmeldungen

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Maja Hiltebrand, SP-Fraktion, ergreift nochmals das Wort für die Initiative "Wohnen für alle"

Da in Kloten die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat durch SVP, FDP und CVP seit langem gegeben sind und linke Anliegen keine Chance haben, entschied sich die SP Kloten die Initiative „Wohnen für alle" zu lancieren. Nur so haben wir die Chance etwas in Richtung bezahlbare Wohnungen in Kloten auf die Beine zu stellen. Unsere Initiative bezweckt die Förderung von bezahlbaren Wohnungen und Gewerberäumen. Um es klar zu sagen, es sind keine Sozialwohnungen, sondern Wohnungen, welche keinen Renditezielen unterliegen.

Diese Bauten werden meist von genossenschaftlich organisierten Trägern gebaut und unterhalten und werden gemäss Kostenmiete vermietet. Genossenschaften sind ein urschweizerisches Konstrukt um gemeinsame Lösungen zu finden. Der Ursprung liegt in der Weidelandwirtschaft. Unsere bekannteste Genossenschaft ist die Eidgenossenschaft, welche auf liberalem Gedankengut aufgebaut wurde. Heute würde man es einen Interessenverband nennen.

In der Stadt Zürich zeichnete sich mit der Industrialisierung eine grosse Wohnungsnot ab. So wurden Betten am selben Tag durch verschiedene Arbeiter belegt. 1924 kam es zur Volksabstimmung zur „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus", womit die Gemeindeordnung angepasst wurde. Mit einer weiteren Volksabstimmung im November 2011 wurde die Förderung von gemeinnützigen Wohnungen auf 33% in der Gemeindeordnung verankert.

Die SP Kloten avisiert nun für Kloten die 25% Marke an. Lange Jahre passierte in Kloten baulich herzlich wenig. Lärmschutzvorschriften und die alte Bau- und Zonenordnung liessen kaum mehr Bewegungsspielraum zu. Mit der Bevölkerungsvision des alt Regierungsrates Markus Kägi, SVP, kam dann Bewegung ins Spiel. Die Bau- und Zonenordnung wurde überarbeitet und der Lärmverteilschlüssel wurde weniger rigide umgesetzt. Plötzlich wurden Häuser abgerissen und verdichtet wiederaufgebaut.

Allein der normalen Bevölkerung hat das wenig gebracht. Da die Bewohner mit ihrer Miete eine Rendite finanzieren müssen und die Wohnungsgrössen eher modernen und grosszügigen Ansprüchen genügen, wodurch die Mieten zu hoch für die tieferen Einkommensschichten ausfallen. In Genossenschaften beträgt der durchschnittliche Raumbedarf pro Mensch 32m^2. Daneben stellen heutige Wohnungen durchschnittlich pro Person 45m^2 zu Verfügung.

Der Vorteil der Kostenmiete liegt darin, dass die Mietzinskurve über einen Zeitraum von 10 und mehr Jahren erheblich tiefer ausfällt gegenüber den Renditebauten. Jacqueline Badran drückte das vor Jahren einmal so aus: Wenn eine neue Wohnung in Zürich zu Anfang gemäss Kostenmiete CHF 3'000.00 kostet, dann ist sie in 20 Jahren wesentlich günstiger als im Vergleich zu einer Wohnung mit Renditezielen, weil sie nur für den Werterhalt der Immobilie aufkommen muss. Ich habe auch geschluckt über diese Aussage.

Übrigens gibt es ganz verschiedene Genossenschaften. Solche von Bauträgern, zum Zweck der Arbeitsbeschaffung fürs Gewerbe bauen. Beispielsweise die Ziegelei Lufingen. Die Wohnungen werden anschliessend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vermietet. Es gibt Gemeindeprojekte hier in Kloten, wie die Alterssiedlung Chasernweg und Zukunftswohnen am Ewigen Wegli. Es gibt diverse durch Firmen geförderte Wohnbau-Genossenschaften. Auch an einem konkreten Projekt interessierte Personen können sich zu einer Genossenschaft oder Einzelfirma zusammenschliessen und günstigen Wohnraum für sich schaffen.

Oft haben Genossenschafter ein Mitspracherecht, wie sich die Siedlung entwickeln soll, auch bezüglich Mieterdurchmischung können sie Regeln aufstellen. Ich glaube, das schreckt viele der hier Anwesenden ab. Mündige Bewohner, welche mitbestimmen können, was geschieht.

Die Situation für Genossenschaften in Zürich hat sich verändert. Die Bodenpreise sind gestiegen, sodass sie sich nun vermehrt in der Agglomeration Zürich nach geeignetem Land umschauen. So unter anderem im Zwicky-Areal, wo die Genossenschaft Kraftwerk 4 eine multikulturelle Siedlung baute. Eine Einwohnergruppe kümmert sich um ein funktionierendes Zusammenleben und ein lebendiges Quartier entstand.

Dagegen entstand in Wallisellen auf dem Richtiareal ein renditeorientiertes Quartier, welches mit sehr teuren Wohnungen aufwartet und zum Erstaunen des Ortsvorstehers nun sogar den Bau eines Schulhauses nötig macht. Jedoch lebt der Quartierteil nicht, weil jeder für sich bleibt und kein weiteres Zusammenleben gewünscht wird.

Bei den Genossenschaften, welche beispielsweise auf dem Hunziker- sowie dem Zwicky-Areal bauten, entstand ein grosser Wohnungsmix von Klein- bis zur 6,5 Zimmerwohnungen, WG-Wohnungen oder mit dazu mietbaren Räumen, ja sogar Pflegewohnungen. Das alles beinhaltet eine starke Vision des Zusammenlebens, welche Kloten gut anstehen würde.

Nochmal: Wir brauchen in Kloten bezahlbare Wohnungen für normale Leute. Woher sollen die Arbeitskräfte an den Flughafen und in den Circle zur Arbeit gehen, wenn sie aus Kloten verdrängt werden? Wollen wir wirklich immer noch mehr Durchgangsverkehr?

Ja, die SP Kloten wird trotz Ablehnungsentscheiden durch den Stadt- und Gemeinderat die Initiative „Wohnen für alle" zur Abstimmung bringen lassen und zählt darauf, dass die Abstimmung gewonnen wird.

Andreas Keller, FDP-Fraktion: Die Klotener Volksinitiative „Wohnen für alle" suggeriert, dass das Wohnen in Kloten teuer sei. Auch in den Sozialen Medien werden Fotos von Liegenschaftsabbrüchen in Kloten kommentiert mit Aussagen, es gebe immer weniger bezahlbaren Wohnraum und Kloten sei ein teures Pflaster.

Die Fakten hingen sprechen eine andere Sprache. Wüest & Partner hat in den Jahren 2016 und 2017 für den Tages-Anzeiger eine Untersuchung im ganzen Kanton durchgeführt. Hier zeigt sich, dass rund 47 % der 3 – 3.5 Zimmer Wohnungen in Kloten unter CHF 1500 exkl. Nebenkosten angeboten werden. Vergleichbare Städte wie Uster oder Bülach liegen um einiges darunter, sprich haben viel weniger günstigen Wohnraum.

Es ist für Kloten und die Bevölkerung wichtig, dass Wohnungen in allen Preissegmenten angeboten werden. Dies ist einerseits für die soziale Durchmischung wichtig, aber auch aus finanzpolitischen Risikoüberlegungen. Die Abhängigkeit der Steuererträge von juristischen Personen wird in Kloten als eines der finanziell grössten Risiken eingeordnet. Obwohl die Anzahl Einwohner ständig wächst, bleibt der Steuerertrag von natürlichen Personen seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau. So betrug das Bevölkerungswachstum in den letzten 9 Jahren rund 11 %, die Steuererträge von natürlichen Personen betrugen jedoch im 2011 bereits 38 Mio. wie auch heute. Die Steuern der juristischen Personen sind allerdings von knapp 80 Mio. auf rund 122 Mio. gestiegen, das ist ein Wachstum von über 50 %. Dies zeigt, dass vermehrt natürliche Personen mit tieferen

Einkommen nach Kloten kommen. Dieser Trend muss durchbrochen werden. Im 2018 wurden bereits fast 70 % der Steuererträge durch Juristischen Personen bezahlt. Diese Abhängigkeit muss reduziert werden in dem wir eben auch attraktiveren Wohnraum im mittleren und oberen Preissegment anbieten und so auch die Negativspirale abfangen. Dies auch zum finanziellen Schutz der bereits hier wohnenden Klotenerinnen und Klotenern. Mit der Annahme dieser Initiative werden wir dieses krasse Missverhältnis noch verstärken.

Ein weiter Punkt der gegen diese Initiative spricht ist ein ökologischer: Viele Bauten in Kloten weisen eine alte Bausubstanz auf. Deshalb sind die Mieten in diesen Objekten auch günstig. Eine Modernisierung mittels Ersatzneubauten oder soweit sinnvoll mittels Sanierungen würde sich positiv auf die Energiebilanz auswirken. Da dadurch aber die Mieten steigen werden, würde die Quote der „günstigen" Wohnungen zurückgehen, was mit dieser Initiative nicht geschehen soll. Konsequenterweise wird dadurch an der alten Bausubstanz festgehalten und nicht investiert. Wollen wir das wirklich?

Zudem wird der Platz immer knapper. Eine Sanierung und gleichzeitig auf Aufstockung von Gebäuden kann das Wachstum in Kloten absorbieren, ohne dass mehr Grünfläche verbraucht werden muss. Ganz nach dem Motto nach innen verdichten. Wir haben in Kloten einen sehr tiefen Leerwohnungsstand. Wir brauchen mehr Wohnungen. Wenn es genügend Wohnungen hat, steigen die Preise nicht oder weniger. Der Markt regelt dies automatisch. Als Beispiel nenne ich das 3-Seenland. Dort wurden so viele Wohnungen gebaut, dass Aktionen gestartet werden mussten, dass man als Erstmieter 3 Monate keine Miete zahlen muss. Dieses Beispiel soll aufzeigen, dass es wichtig ist, dass wir modernisieren und den Wohnraum ausbauchen müssen, damit es genügend Wohnungen hat und so die Preise nicht überaus steigen.

In Kloten wird verhältnismässig wenig gebaut. Auch hier unterscheiden sich die Fakten von dem was man so hört. „Überall gibt es Baustellen" oder „überall gibt es diese Klötze" sind Aussagen die man so hört. Fakt ist aber, dass in den letzten 5 Jahren die Bautätigkeit bei nur gerade halb so gross war wie in den umliegenden Gemeinden.

Diese Initiative würde den Bau noch stärker reduzieren. Ein Investor und dies kann auch unsere Pensionskasse sein, welche unsere Renten finanzieren muss, wollen und sollen etwas verdienen. Können sie dies nicht mehr, bauen sie wo anders. Eine Verknappung eines Gutes oder hier konkret eine Verknappung des Wohnraums führt automatisch zu höheren Preisen, dies auch bei Wohnungen die keinen guten Standard aufweisen.

Der Stadtrat zeigt im Beschluss 2-2019 klar auf, dass die geforderten 25% an günstigem Wohnraum bis 2040 nicht realisierbar sind, da die Stadt Kloten wenig Handlungsraum hat.

Warum sollen wir eine Initiative annehmen, die nicht umsetzbar ist, die die Modernisierung und Erweiterung verhindert resp. ausbremst und die die finanzielle Abhängigkeit von den juristischen Personen noch verstärkt?

„Wohnen für alle", tönt super, wer will da schon nein sagen, bis man sich mit den Fakten vertraut macht. Die Annahme dieser Initiative wäre für Kloten ein grosser Rückschritt. Daher braucht es ein klares Nein.

Belinda Mastev, Grüne-Fraktion: Die Initiative gibt regen Diskussionsbedarf und alle Pro und Kontras sind nennenswert und haben für jeden einzelnen seine Wichtigkeit und jeder soll seine Meinung, Haltung und Prioritäten ganz klar vertreten. Dies ist auch der Fall Grünen Fraktion. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion auch nicht einheitlich abstimmen.

Die Initiative fordert eine Ergänzung in der Gemeindeordnung mit dem Ziel, mehr gemeinnützige Wohnungen in Kloten zu schaffen bis ins Jahr 2040 mit einer Quote von mindestens 25%. Der Stadtrat rät klar zur Ablehnung der Initiative mit allen uns bekannten Begründungen, welche in einem gewissen Mass auch für mich nachvollziehbar sind.

Trotzdem gibt es klare Fakten, welche ich als nennenswert erachte, um die Initiative zu unterstützen.

Günstiger Wohnraum ist zurzeit klar vertreten, jedoch stelle ich mir ernsthaft die Frage, ob das auch reicht. Eine 3. bis 3.5 Zimmer Wohnung reicht nicht für eine Familie mit 2 Kindern und da beläuft sich die Durchschnittsmiete ab CHF 2300. Es gibt wenige Wohnungen, die unter diesem Betrag liegen. Dies können sich einige Familien, welche im Mittelstand leben, gar nicht leisten. Was machen diese Familien? Sie bleiben in der Wohnung, in der sie bereits leben oder suchen sich ein neues Daheim und dies ist dann unter Umständen leider dann nicht mehr in Kloten. Das bedeutet, dass Familien wegziehen, weil sie weniger bezahlbaren Wohnraum in Kloten finden oder das Budget dies nicht zulässt. Selbstverständlich werden auch immer mehr Menschen nach Kloten ziehen, welche keine Familienwohnung suchen.

Wohnungen, welche saniert werden, werden nicht günstiger, sondern auch da fällt die Miete hoch oder teilweise höher aus. Ohne ein gewisses Mass an bezahlbaren Wohnungen in Kloten wird es Verlagerungen geben, welche indirekt auch durch die Stadt finanziert werden muss, weil sich die Personen die Mieten nicht mehr leisten können und dann unter Umständen die Sozialhilfe zum Tragen kommt.

Wenn ich sehe, welche Wohnungen jetzt momentan neu gebaut werden, sind es oft 2,5 und 3,5 Zimmer Wohnungen. Es gibt wenige 4,5 Zimmer-Wohnungen und wenn eine Familienwohnung vorhanden ist, ist mit einer hohen Miete zu rechnen von CHF 2400 aufwärts.

Aus diesen Gründen stimme ich aus unserer Fraktion der Initiative zu und meine beiden Fraktionsmitglieder werden sich der Stimme enthalten.

Kim Mishra, glp-Fraktion: Die glp sieht, dass es günstigen Wohnraum für Familien und die sozial Schwachen braucht. Der Immobilienmarkt funktioniert nicht nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, sondern nach Angebot und Nachfrage. In Kloten gibt es aus unserer Sicht jedoch genug bezahlbare Wohnungen, wie man auf den diversen Wohnungssuchportalen selber nachschauen kann. Somit ist die Hauptforderung der Initianten bereits zu einem gewissen Mass erfüllt. Die soziale Durchmischung wird durch die Initiative aus meiner Sicht auch nicht gefördert. Im Gegenteil, nur wenn das Einzugsgebiet eines Schulhauses sowohl Einfamilienhäuser wie auch günstigere Siedlungswohnungen hat, wirkt der Pausenhof als sozialer Durchmischer am besten. Deshalb stimmt die glp-Fraktion gegen die Initiative, anerkennt aber, dass in Kloten eine soziale Durchmischung stattfindet, die in Zukunft für soziale Spannungen sorgen könnte.

Tanja Woodhatch, EVP-Fraktion: Wie es Andreas Keller schon sagte, es herrscht Wohnungsnot in Kloten. Es hat eine sehr tiefe Leerwohnungsquote. Wer jemanden kennt, der in Kloten schon einmal eine Wohnung gesucht hat, weiss, dass das sehr schwierig ist. Man hat wirklich Mühe, etwas Passendes zu finden. Der Stadtrat schreibt zurecht, dass Kloten verhältnismässig viele günstige Wohnungen hat. Jedoch ist zu bedenken, wie das auch Maja Hiltebrand schon ausgeführt hat, dass es rund um den Flughafen sehr viele Tieflohnjobs hat. All diese Menschen müssen irgendwo wohnen. Wenn es uns wichtig ist, dass die Verkehrssituation entlastet wird, das heisst, dass möglichst viele Menschen nahe am Arbeitsort wohnen, dann müssten wir auch schauen, dass entsprechend genügend günstige Wohnungen in Kloten vorhanden sind. Wir verstehen, dass die angestrebte Quote von 25% für den gemeinnützigen Wohnungsbau utopisch erscheinen mag. Trotzdem möchten wir mit einem Ja ein Zeichen setzen. Ein Zeichen, dass wir die Wichtigkeit von zahlbaren Wohnungen erkannt haben und diese Förderung vorantreiben wollen.

Pascal Walt, CVP-Fraktion: Die CVP Kloten sieht das Bedürfnis. Wir haben auch verstanden, was die Initiative will. Aber die Statistiken stellen Kloten im Vergleich besser dar, als es die Initiative tut. Die Möglichkeiten der Stadt und deren Wirkungen sind sehr limitiert und das Ziel der Initiative kann nicht erreicht werden. Die Umsetzung ist nicht realistisch und die Marktwirtschaft kann man nicht aushebeln. Das sollte man auch nicht, da sonst eine andere Negativspirale angestossen wird. Egal wie und in welcher Form gebaut wird, ob privat oder genossenschaftlich, Neubauten werden einfach teurer. Mit der Initiative wird das Bauen noch unattraktiver. Aus diesen Gründen lehnt die CVP Kloten die Volksinitiative ab.

Silvan Eberhard, SVP-Fraktion: Andreas Keller hat schon ziemlich alles gesagt, was es zu sagen gilt. Etwas möchte ich noch ergänzen. Kloten hat rund 20'000 Einwohner und mit dem Flughafen und der Industrie etwa 36'000 Arbeitsplätze. Es sind nicht alle Einwohner Arbeitnehmer. Es hat unter den Einwohnern Kinder und Pensionierte und Personen ausserhalb des Berufslebens. Das ergibt dann ca. 15'000 oder vermutlich eher weniger Arbeitnehmer in Kloten. Im Vergleich zu 36'000 Arbeitsplätzen stellt das ein krasses Missverhältnis dar. Dass viele Leute in Kloten wohnen wollen, weil dies nah am Arbeitsplatz ist, ist ja verständlich. Ähnliche Effekte haben wir in der Stadt Zürich. Aber nur schon im nicht weit entfernten Weiach hat es 10% Leerwohnungsquote und die Wohnungen sind einiges günstiger, weil aber dort auch keine Arbeitsplätze vorhanden sind. Nur wenn wir die Initiative ablehnen, können wir dem Missverhältnis ein Stück weit entgegenwirken. Ich bin mir sicher, dass wenn die Initiative angenommen wird, einiges weniger Bautätigkeit in Kloten sein wird. Es wird dann in Zukunft einiges weniger Wohnungen geben, die diesem Missverhältnis entgegenwirken können. Deshalb lehnen wir diese Initiative klar ab.

René Roser, SP: Heute stimmen diese Statistiken. In 20-30 Jahren wird das aber ganz anders aussehen. Ihr müsst also weiterdenken. Wir wollen erreichen, auch in Zukunft in Kloten Leute zu haben, die nicht weit zur Arbeit müssen, die aber auch einmal älter werden. Auch wenn die Leute weniger verdienen, wie das heute der Fall ist am Flughafen, möchten diese Leute später in Kloten bleiben. Darauf haben sie ein Anrecht. Wir müssen nicht jetzt daran denken, dass wir vielleicht Sozialfälle erhalten. Sozialfälle haben wir immer mehr, weil die Leute, die älter werden, mit der Pension nicht mehr zurechtkommen. Das ist der Hauptgrund und nicht, weil Leute kommen, die arbeitsscheu sind oder ähnliches. Denkt an die Zukunft. Das ist wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass Wohnungen bestehen, die auch bezahlbar sind. Das kann eine Durchmischung sein in einem Quartier oder in einer Siedlung, die gebaut wird. Die Leute, die mehr zahlen können, sollen mehr zahlen, damit die anderen, die diese Mittel nicht haben, weniger zahlen müssen. Denkt an die Zukunft und nicht nur bis zur Nasenspitze.

Abstimmung/Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst mit 10 Ja : 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

1. Die Volksinitiative "Wohnen für alle" wird abgelehnt und zuhanden der Urnenabstimmung zur Ablehnung empfohlen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 6 lit. g) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

4

Stiftung Sporthalle Kloten; Erhöhung der finanziellen Beteiligung

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat mit Beschluss-Nr. 149-2019 vom 2. Juli 2019, Vorlage 2890:

"1. . Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat zuhanden der Urnenabstimmung einen Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 1'255'000 für die Erhöhung des städtischen Engagements beim Projekt Sporthalle Stighag.

2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, das bestehende Darlehen an die Stiftung Sporthalle Stighag um Fr. 800'000 auf Fr. 2'550'000 zu erhöhen. Die Darlehensgewährung erfolgt unter dem Vorbehalt der Kreditgewährung gemäss Ziffer 1."

Silvan Eberhard, SVP, und Irene Frischknecht, FDP, müssen in den Ausstand treten. Sie nehmen auf den vorgesehenen Plätzen hinten im Saal Platz.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Änderungsantrag der glp eingegangen ist. Es wird zuerst über den Originalantrag der Stadt debattiert, anschliessend wird die glp ihren Änderungsantrag vorstellen. Es folgt dann die Debatte über den Änderungsantrag. Im Anschluss werden die beiden Anträge einander gegenübergestellt.

(Wortlaut Änderungsantrag glp: Der Gemeinderat beschliesst zuhanden der Urnenabstimmung einen Zusatzkredit in der Höhe von CHF 455'000. Der Zusatzkredit dient der Erhöhung des Erlasses der Bewilligungs- und Erschliessungsgebühren sowie der Übernahme des Beitrags zur Kompensation der Fruchtfolgeflächen beim Projekt Sporthall Stighag.)

Es liegt ein mehrheitlicher Abschied der GRPK vor. Der Vorsitzende gibt dem Referenten der GRPK, Andreas Keller, das Wort.

Andreas Keller, FDP, erläutert namens der ***GRPK*** die Vorlage 2890 "Stiftung Sporthalle Kloten; Erhöhung der finanziellen Beteiligung":
Was beinhaltet diese Vorlage?

Ziffer 1: Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat zuhanden der Urnenabstimmung einen Zusatzkredit in der Höhe von CHF 1'255'000 für die Erhöhung des städtischen Engagements des Projektes Sporthalle Stighag.

Ziffer 2: Der Stadtrat beantragt dem Gemeindetat, das bestehende Darlehen an die Stiftung Sporthalle Stighag um CHF 800'000 auf CHF 2'550'000 zu erhöhen. Die Darlehensgewährung erfolgt unter dem Vorbehalt der Kreditgewährung gemäss Ziffer 1.

Der Zusatzkredit von CHF 1'750'000 stellt sich wie folgt zusammen:

- Erhöhung der Heimfallentschädigung für Bauten und Anlagen von CHF 1'750'000 um CHF 800'000 auf CHF 2'550'000.
- Erhöhung des Erlasses der Bewilligungs- und Erschliessungsgebühren von CHF 100'000 um CHF150'000 auf CHF 250'000.
- Übernahme von maximal CHF 305'000 als Beitrag zur Kompensation der Fruchtfolgefläche.

Bei der Heimfallentschädigung handelt es sich nicht um eine Eventualverpflichtung, sondern um einen bedingungslos geschuldeten Betrag zum Zeitpunkt des Ablaufs des Baurechts. Daher wird ein Zusatzkredit gemäss Artikel 108 ff des Gemeindegesetztes notwendig.

Wir haben einige Fragen an den Stadtrat und noch viel mehr an die Stiftungsvertreter Bruno Heinzelmann und Heinz Eberhard gestellt. Vielen Dank an euch für die Beantwortung der Fragen. Des Weiteren haben uns Bruno Heinzelmann und Heinz Eberhard am 17.9.2019 durch die Sporthalle Heja geführt, damit wir uns ein Bild von der neuen Sporthalle machen konnten.

Im Vorfeld zur Entscheidung der GRPK wurden verschiedene Aspekte beachtet. Was wurde am 10.5.2016 an der Gemeinderatssitzung beschlossen, was wurden damals für Fragen gestellt und was waren die Antworten, was sagt der Baurechtsvertrag und natürlich der aktuell vorliegende Antrag.

Die Initianten rechneten ursprünglich mit Investitionskosten von CHF 3.5 Mio., nun geht die Stiftung von CHF 5.105 Mio. aus. Als Grund für diese Kostensteigerung macht die Stiftung, gemäss Antrag des Stadtrats, einerseits die gestiegenen Bedürfnisse seitens des neuen Unihockeyvereins Kloten-Dietlikon Jets verantwortlich und andererseits berufen sie sich auf „verschiedene behördliche Auflagen", welche ihr zur Zeit der Erstellung de Kostenvoranschlages noch nicht bekannt gewesen seien. Ausserdem seien diverse nützliche und sinnvolle Projektoptimierungen umgesetzt worden, welche einen klaren Mehrwert bringen.

Wir als Mitglieder der GRPK stellen fest, dass diese nun bestehende Halle um einiges mehr bietet, als im Ursprung geplant war und dass die Nutzer einen höheren Mehrwert haben.

Wir müssen aber auch dem Punkt Rechnung tragen, dass eine so hohe Kostensteigerung von fas 50% absehbar sein hätte müssen. So wurde die Bauherrschaft bereits im Jahr 2016 auf den Umstand hingewiesen, dass die Kostenschätzung am unteren Rand liegt. Die Bauherrschaft war jedoch der Überzeugung, dass aufgrund privater Vergabemöglichkeiten und dass wenn strickte auf Luxuslösungen verzichtet wird, dieses Kostendach eingehalten werden kann. Es war lediglich eine Trainingshalle geplant.

Unter diesen Voraussetzungen hat der Gemeinderat im Jahr 2016 dem Ursprungsantrag mehrheitlich zugestimmt. Die nun vorhandene Halle entspricht keineswegs mehr diesem Ursprungsplan und ist mehr als eine reine Trainingshalle.

Sobald bei der detaillierteren Planung klar wurde, dass die Ansprüche gestiegen sind und die Bauherrschaft diese Anforderungen und Wünsche auch erfüllen wollte und als auch klar wurde, dass der Kanton die Auflage machte, dass die Bauherrschaft für die Kompensation der Fruchtfolgefläche zuständig ist wäre ein neuer Antrag notwendig gewesen. Natürlich hätte dies zu einer Verzögerung des Baus der Halle geführt.

Bei einem heutigen Ja würde die Stadt und später das Volk über ein erhöhtes Darlehen an eine private Stiftung sprechen. Es ist grundsätzlich nicht die Pflicht der Stadt Kloten Darlehen zu gewähren. Zudem wird das Darlehen beim Heimfall in einen bedingungslos geschuldeten Betrag umgewandelt. Dies kann jederzeit passieren jedoch spätestens im Jahr 2068. Die Stadt Kloten respektive das Volk würde so im Nachhinein ein grösseres finanzielles Engagement eingehen, über deren Ausführung eine private Stiftung entschieden hat. Somit findet einen Transfer der Investition von privater Seite auf öffentliche Hand über.

Unabhängig wie der Gemeinderat oder auch später das Volk entscheiden wird, der Unihockey Club wird nicht benachteiligt.

Aus diesen Gründen lehnen die GRPK die Vorlage 2890 grossmehrheitlich ab.

Wortmeldungen zum Stadtratsantrag

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

René Huber, Stadtpräsident: Die GRPK hat das auf einer sehr exakten, tiefen Flughöhe angeschaut. Ich drehe das Rad zurück. Vor zwei Jahren haben wir es aus einer anderen Optik angeschaut. Wir sagten damals, dass uns Private CHF 1,75 Mio. schenken, indem sie ein Objekt hinstellen, das rund CHF 3,5 Mio. Wert hat und die Stadt die Hälfte bezahlt. Das Geschenk von CHF 1,75 Mio. haben wir damals angenommen. Es wurde nun teurer, das wissen wir jetzt. Es ist teurer geworden, wie es das beim Bauen gibt. Der grössere Anteil ist aber, weil die Qualität und die Ausstattung sinnvollerweise erweitert wurden. Also bekommen wir kein Geschenk mehr von CHF 1,75 Mio., sondern von CHF 2,5 Mio. Wir sagen nun, dass wir das Geschenk nicht wollen. Nein noch viel schlimmer, wir nehmen es zwar, aber wollen unseren Anteil nicht bezahlen. Die Lösung, wie man das dann einmal bezahlt, das übergeben wir unseren Nachfolgern. Wenn der Gemeinderat das heute Abend so bestimmt, dann muss ich sagen, ist das stillos. Es ist ein Affront. Ein Affront gegenüber den Initianten, die privat das Portemonnaie geöffnet haben und die privat Arbeit geleistet haben. Nicht Stunden, nicht Wochen, sondern Monate. Es ist ein falsches Zeichen, dass man vielleicht von privater Seite wieder einmal so etwas Gutes für die Stadt Kloten macht. Wenn ihr das ablehnt, schäme ich mich ein bisschen im Namen der Stadt Kloten gegenüber den Leuten, die sich da engagiert haben. Könnt ihr euch vorstellen, dass ihr vielleicht einmal in diese Halle geht mit euren Kindern oder Grosskindern und diesen zuschaut, wie sie dort mit Freude spielen und Mannschaftssport ausüben? Dann käme bei mir das schlechte Gewissen, weil wir unseren Anteil nicht geleistet haben und nicht bereit gewesen sind, diesen zu leisten. Bei allen Facts und allen Sachen, die man anders hätte machen können und früher hätte informieren können, schaut bitte die richtige Flughöhe an. Nehmt das Geschenk jetzt an und bezahlt den Anteil. Die private Seite hat ihren Anteil bereits bezahlt.

Christoph Fischbach, SP, erklärt, er sei das vergangene Wochenende in der Halle gewesen, da der FC das Gastrecht habe geniessen können für das traditionelle Hallenturnier. Weiter führt er namens der ***SP-Fraktion*** aus:

Private Investoren haben Mut bewiesen und auf eigene Initiative eine Sporthalle erstellt. Der Gemeinderat hat mit Beschluss 44-2016 entschieden, das Projekt Sporthalle Stighag mit einem verzinslichen Darlehen in der Höhe von CHF 1'750'000 (Hälfte der damals geplanten Baukosten), und einem Erlass der Anschlussgebühren in der Höhe von CHF 100'000 zu unterstützen. Notabene ein verzinsliches Darlehen. Die Stadt verdient sogar noch Geld mit dem Darlehen. Die Sporthalle wurde auf einem städtischen Grundstück im Baurecht erstellt. Die Stadt verlangt kein Baurechtszins. Im Vorfeld der heutigen Sitzung wurde behauptet, die Stadt könne zehntausende wenn nicht sogar hunderttausende Franken Baurechtszinsen einziehen. Diesen EVP-Artikel habe ich mit Erstaunen in der Zeitung gelesen. Die Heimfallentschädigung wurde ebenfalls mit oben erwähnten Beschluss geregelt.

Die Stiftung hat einen rechtskräftigen Baurechtsvertrag mit der Stadt Kloten über 50 Jahren abgeschlossen. Nach Ablauf der 50 Jahre spätestens gehört die Sporthalle der Stadt Kloten. Ebenso geht das Vermögen der Stiftung Sporthalle Stighag dann an Stadt Kloten über, da der Stiftungszweck mit dem Heimfall der Halle erfüllt ist und die Stiftung aufgelöst werden kann. Wie es Stadtpräsident René Huber schon gesagt hat, ist es ein Geschenk der Stiftung an die Stadt.

Aus bekannten Gründen hat der Stiftungsrat beschlossen, anstelle einer einfachen Trainingshalle eine Sporthalle zu bauen, die auch Turnieren und Spiele etc. für alle Hallensportarten mit einer entsprechend massvollen Infrastruktur für diese Bedürfnisse zulässt. Entsprechend hat die Stiftung CHF 5'105'000 investiert. Die Baubewilligung wurde auf der Basis dieses Projektes eingegeben und das Projekt von der Stadt Kloten entsprechend bewilligt. Auch der Stadtrat wurde immer darüber informiert, dass massive und markante Änderungen am Projekt

vorgenommen wurden. Der Stadtrat wusste vor Beginn der Bauarbeiten, dass das Projekt teurer würde. Die Stiftung reichte im November 2018 ein Gesuch ein, damit die finanzielle Beteiligung durch die Stadt erhöht werden soll. Der Stadtrat beantragt nun daher, dass das Darlehen um CHF 800'000 erhöhen, die Beteiligung für die Anschlussgebühren soll um CHF 150'000 angehoben werden und der Beitrag an die gesetzlich vorgegebenen Kosten für die Kompensation der Fruchtfolgeflächen in der Höhe von CHF 305'000 soll durch die Stadt übernommen werden. Es handelt sich also um ein gemeinschaftliches Projekt von Privaten in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung der Stadt. Ich habe noch nie von einem ähnlichen Projekt in einer anderen Gemeinde gehört. Es ist genau die Art von privatem Engagement und Eigeninitiative, welches die Bürgerlichen immer fordern. Wenn die Stadt eine solche Sporthalle gebaut hätte, hätte es mindestens das Doppelte, wenn nicht das Dreifache, gekostet (vgl. die Ruebisbachhalle wurde vor etwa 20 Jahren für rund CHF 10 Mio. erstellt). Die Stadt Kloten hat es versäumt in der Vergangenheit eine eigene Sporthalle zu erstellen, obwohl der Bedarf längstens ausgewiesen war. Der Jugend- und Breitensport benötigte diesen Platz schon länger. Darum ist es eigentlich traurig, dass private Investoren einspringen mussten, um das Versäumnis korrigieren müssen. Schauen wir den Fakten in die Augen. Kloten kommt zu einer multifunktionalen Halle für einen Schnäppchenpreis und die öffentliche Hand hat, zumindest vorläufig, nicht mal Betriebskosten zu tragen. Dass es jetzt etwas teurer wird, ist zwar etwas unschön, aber wir können uns diese Mehrkosten, welche auf die Stadt zukommen, leisten. Auch wenn die Kommunikation zwischen Stadtrat und Gemeinderat wahrscheinlich nicht optimal gelaufen ist, darf die Erhöhung der finanziellen Beteiligung durch die Stadt Kloten nicht wegen gekränkten Eitelkeiten oder aus einer Trotzreaktion heraus verhindert werden. Der Stadtrat hat bereits vor Baubeginn gewusst, dass die Baukosten höher werden. Die Stiftung hat den Stadtrat immer auf dem Laufenden gehalten. Der Stadtrat hätte den Gemeinderat ebenfalls laufend informieren müssen. Diese Kritik muss sich der Stadtrat gefallen lassen. Trotzdem überwiegen die Vorteile und die Vorlage ist zu unterstützen. Die SP findet es auch etwas stossend, dass in Sachen Sportinfrastrukturen im Gemeinderat Kloten mit verschiedenen Ellen gemessen wird. Beim Neubau des Ausseneisfeldes vor wenigen Monaten wurden die hohen Kosten nur ganz zaghaft und leise kritisiert. Über eine Investitionsbeteiligung der Hauptnutzer oder eine Mietzinserhöhung infolge Mehrwert wurde nicht gesprochen. Bei anderen Sportinfrastrukturprojekten (Fussballanlage) muss sich der Hauptnutzer an den Investitionskosten beteiligen und stottert während 15 Jahren diesen Beitrag ab, obwohl der Verein das Geld eigentlich nicht hat. Der Gemeinderat hat damals sogar eine Vervierfachung des Investitionsbeitrags durchgedrückt. Im nun vorliegenden Fall der Sporthalle Stighag scheint die Grosszügigkeit einiger Parteien nicht ausgesprochen gross zu sein. Die teuersten Projekte lösen bei den Sparfüchsen im Gemeinderat keine finanzielle Kritik aus. Aber bei dem vorliegenden Projekt, welches das am besten finanzielle Kosten-/Nutzenverhältnis für die öffentliche Hand hat, wird am lautesten herumkritisiert und teilweise sogar abgelehnt.

Um es abschliessend nochmals festzuhalten: Kloten erhält für verhältnismässig wenig Geld eine zusätzliche, tolle und bestens nutzbare Sportinfrastruktur für den Jugend- und Breitensport. Die beantragten Mehrkosten müssen es der Stadt Kloten wert sein. Aus diesem Grund sagt die SP ja zur vorliegenden Vorlage.

Peter Nabholz, FDP-Fraktion: Blättern wir zurück in der Geschichte. Im 2015/2016 wurde dem Gemeinderat Kloten der Bau der Stighag Halle, als kostengünstig verkauft und die Kosten waren knapp unter der maximalen finanziellen Kompetenz des Gemeinderats. Ich vertrat damals die Meinung, dass auch kleinste Zusatzkosten die finanzielle Kompetenz des Gemeinderats überschreiten würden und dies ist nun leider auch passiert.

Heute werden dem Gemeinderat die nun vorliegenden massiven Kostenüberschreitungen der Stiftung als Zusatznutzen verkauft. Es gibt jedoch neben der finanziellen Kompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung kein Zusatz der lautet, das beim Ausbau des Nutzens vom jeweiligen Projekt dem Gemeinderat eine Kostenüberschreitungskompetenz erlaubt sein soll.

Sollten wir uns nicht auf den Stadtrat und die Verantwortlichen verlassen können und sollten wir nicht sicher sein, dass sich diese zwei Parteien in allen Bereichen kommunikativ sauber und final ausgetauscht haben? Das ist nachweislich nicht passiert. Dazu drei Beispiele:

Die jetzt massiv gestiegenen Erschliessungskosten hätte übrigens die finanzielle Kompetenz des Gemeinderats aus der ersten Vorlage bereits überschritten. Und wer von wo diese Halle erschliesst, liegt in der Kompetenz der Stadt resp. der IBK und nicht bei der baurechtsberechtigten Stiftung.

Sämtliche Erschliessungskosten (wie Strassen-, Kanalisations- und Wasserleitungsbeiträge, Anschlussgebühren Wasser, Kanalisation und Elektrizität) gehen zulasten des Baurechtsberechtigten unter Gutschrift des Erlasses von CHF 100'000 für Bewilligungs- und Erschliessungskosten. Dies ist im Baurechtsvertrag klar geregelt, gemäss unserem GR-Beschluss vom 10.5.2016. Darum sollten wir auch den glp-Antrag nicht unterstützen. Einzig bei der Fruchtfolgefläche, das wurde nachträglich vom Kanton an die Stadt herangetragen, hier sehen wir die Stiftung nicht in der Verantwortung.

Zweites Beispiel. Die Verantwortlichen der Stiftung weisen im Mail vom letzten Freitag, welches an alle Gemeinderäte versandt wurde, unter anderem auf die explizit erwähnten Erweiterungsmöglichkeiten, die auch der Stadtpräsident erwähnt hat. Ist das ein Hinweis darauf, dass der Baurechtsberechtigte das Gefühl hat, seine Kostenüberschreitung seien damit legitimiert? Da ist schlicht und einfach falsch. Im Baurechtsvertrag unter dem Punkt Heimfall von Bauten und Anlagen wird in Punkt 3 auf Erweiterungsbauten zwar hingewiesen, das aber mit dem glasklaren Hinweis, dass dies in Absprache und im Einverständnis mit der Grundeigentümerin vorzunehmen ist. Das ist nicht passiert.

Ebenso wenn wir schon bei den verpassten Chancen sind - als drittes Beispiel - der Zeitpunkt der Information an den Gemeinderat. Die Stiftung hat den Stadtrat im November 2018 über die höheren Kosten informiert und nicht vor dem Bau. Wir, die Gemeinderäte selber erfuhren dies eine Schwangerschaft später, nämlich im Juli 2019. Finden Sie das fair? Damals im November war erst die Grundplatte eingelegt, es wäre die Zeit gewesen, um den Gemeinderat umgehend zu informieren um das weitere Vorgehen zu besprechen und die vielen zusätzlichen Ausbauwünsche hätten auf Ihr Verhältnis Kosten – und Optimierungsnutzen geprüft werden können. Heute steht die Halle und heute sollen wir alle diese Kostenüberschreitungen genehmigen und arglos durchwinken? Als Geschenk?

Aus all diesen Gründen schon hätte die Stadt bereits die erste Vorlage vor das Volk bringen müssen und nicht dem Versuch erliegen, dieses an ihm vorbeizuschmuggeln. Das was wir jetzt haben, ist die Quittung dafür, ein schlechter Deal. Diese Salamitaktik bringt uns heute dazu, dass wir einem unausgegorenen und nicht mitgeteilten Mehrkostenprojekt, bei welche auch die Stadt und die Baurechtsnehmer diverse Unstimmigkeiten haben, heute Ja sagen müssten? Was gibt dieses Ja für ein Zeichen an unsere Bürger, das wir nicht fähig sind, zu rechnen und diese heisse Kartoffel nun dem Bürger übergeben?

Werdet Euch (Stadtrat und Stiftung) zuerst einig - wartet auch die Bauabrechnung final ab, den auch diese liegt nach wie vor nicht vor. Es ist in Eurer Kompetenz, wie ihr den Heimfall richtig regelt, überdenkt diesen, je nach Auslegung desselben kann der Wert der Heimfallentschädigung und damit die Möglichkeit des weiteren Darlehens auch anders festgelegt werden. Ihr habt dies festgelegt und ihr brachtet das Geschäft in diese missliche und peinliche Lage.

Ich bleibe bei meiner Einschätzung von der ersten Vorlage, ich habe nichts aber auch gar nichts gegen ein von privater Seite her aufgezogenes Projekt an und für sich, aber gegen die Art und Weise, wie die Projektkosten ohne ok von uns massiv ausgeweitet worden sind. Da im Moment kein besserer Deal, weder für das Volk, noch für den Sport vorliegt, werden wir dieses Geschäft nicht unterstützen.

Ueli Schlatter*, *SVP-Fraktion: Die Fraktion der SVP ist einerseits sehr erfreut über das Zustandekommen der Heja-Halle, andererseits betrübt über das Begehren des Nachtragskredits. Es kommt einem so vor, als sei das ein Schildbürgerstreich, wie wir es früher mit Projekten der Stadt Kloten erleben durften. Damit ein Kredit ohne grosse Bemühungen bewilligt wird, ist das Minimum budgetiert, um somit höhere Hürden vermeiden zu können. Mit Nachtragskrediten ist dann noch der gewünschte Zusatz reingeholt worden. Es war ja schon gebaut. Der Stadtrat Kloten hat heutzutage die Lehren gezogen und bringt nur noch Krösus-Projekte mit dem entsprechenden Budget. Dort kann eine Budgetüberschreitung eigentlich gar nicht mehr möglich sein.

Zur Vorlage: Als im 2016 die Vorlage mit Baurecht und Darlehensgewährung ins Parlament kam, hat die GRPK die Vorlage einstimmig und Gemeinderat grossmehrheitlich bejaht. Jetzt kommt der Nachtragskredit, bedingt durch die Projektänderung, weil es nicht mehr eine schlichte Trainingshalle, sondern eine Meisterschaftshalle mit erforderlichem Ausbau ist. Eigentlich absolut top, dass die Halle so nun optimal genutzt werden kann. Die Stiftung mit den Gönnern und Sponsoren verdienen eigentlich, dass auch der Nachtragskredit gutgeheissen wird.

Eine Rüge an den Verwaltungsrat muss aber sein, da dieser die politischen Gegebenheiten kennt und Nachtragskredite immer unschön sind. Die Weitsicht hat scheinbar bei den Baufachleuten im Stiftungsrat absolut gefehlt. Da die ganze Angelegenheit der Stiftung Sporthalle Heja nicht nur von SVP-Mitgliedern, sondern von ehemaligen Fraktionsmitgliedern getragen wird, hat sich die jetzige SVP-Fraktion im Zuge der Neutralität zur Stimmenthaltung entschieden. Wir fordern die Gemeinderatsmitglieder der anderen Parteien auf, nun darüber zu entscheiden.

Tim Häfliger, EVP-Fraktion: Private bauen billiger und besser. Das trifft auf die Heja-Halle leider nicht zu. Die privat finanzierte Halle möchte mit einer Salamitaktik, wie es Peter Nabholz vorhin erwähnt hat, noch viel mehr Geld von der Stadt abzwacken. Wie es Andreas Keller zu Beginn sagte, hätte man den Antrag auf Erhöhung bereits vor zwei Jahren stellen sollen. Begründung für die höheren Ausgaben sind unvorhersehbare Erneuerungen und behördlich verlangte Massnahmen. Hätte man von Anfang an seriös geplant, würde man heute nicht darüber diskutieren. Der ganze Mehraufwand, der von der Stiftung aufgelistet wurde, beruht auf reinen Planungsfehlern und nicht genügenden Vorabklärungen. Das hätte verhindert werden können. Vor allem, wenn drei von vier Personen aus dem Stiftungsrat in der Baubranche tätig sind.

Die akustischen Lärmverhältnisse sind heute noch weit über den Grenzwerten. Durch die Bauweise ohne die schalleliminierenden Elemente vervielfacht sich die Lautstärke. Die Verständigung während einem Match ist oft schwierig. Ich hoffe das wird mit privaten Mitteln noch behoben.

Ich glaube auch nicht, dass die Halle kostendeckend betrieben werden kann und Geld für die Verzinsung fliessen kann. Auch bei der Eishalle hat die Stadt die aufgelaufenen Zinsen des EHC abschreiben müssen. Ging das vergessen? Wo kann bei der Ruebisbachhalle im Betrieb und Unterhalt CHF 150'000 eingespart werden? Gibt es einen Businessplan, der die Mieten und Einnahmen realistisch auflistet? Enthält der Plan wirklich die effektiven Unterhaltskosten und nicht nur Wunschdenken? Alleine der jährliche Unterhalt der Rauchmeldeanlage, die es bei der Ruebisbachhalle nicht gibt, kostet zusätzlich Geld. Ist das eingeplant? Nach 50 Jahren sollte die Stadt die Halle erhalten. Ich glaube aber nicht, dass das ein Geschenk sein wird für die Stadt, sondern eine Hypothek. In 50 Jahren werden wir diese Halle für Millionen totalsanieren müssen. Die EVP lehnt deshalb den Antrag des Stadtrats und der glp-Fraktion ab.

Pascal Walt, CVP-Fraktion: Schauen wir zurück. Ursprünglich im Baurechtsvertrag hat die CVP Kloten im Sinne der Bevölkerung beide Augen zugedrückt für die Unihockey-Trainingshalle. Damit hat die Stadt Kloten das private Unterfangen mehr als nur finanziell unterstützt. Auch die GRPK hat das sogar mit einer Risikominimierung und gewissen Bedingungen an den Vertrag geknüpft und damit sichergestellt, dass die eingesetzten Steuergelder in erster Hand wieder an die Stadt Kloten gehen. Das Volk konnte damals keine Stellung nehmen

zum Geschäft, da der investierte Betrag in der Kompetenz des Gemeinderats lag. Damals ein guter Deal für alle.

Heute nutzen die Unihockeyaner die Halle fleissig. Alle sind froh darüber, dass es ein Erfolg ist. Jetzt geht es noch darum, wer die Zeche trägt. Begleitet von einem faden Nachgeschmack, dass sich die Trainingshalle zu einer vollwertigen Matchhalle gemausert hat und damit doppelt so teuer wurde. Das liegt weit über den üblichen +/- 10% Planungsabweichungen von solchen Projekten. Das hätte damals einen Volksentscheid benötigt. Wieso soll die Stadt im Nachhinein das zusätzliche finanzielle Risiko von Privaten übernehmen?

Uns ist es wichtig, dass nicht der Club leiden muss. Er soll nicht benachteiligt sein und es ist egal, wie wir uns die Rechnung aufteilen. Die Halle steht und wird betrieben, egal woher die Investitionsgelder kommen oder damals gekommen sind. Aus diesen Gründen lehnt die CVP die Erhöhung der finanziellen Beteiligung der Stadt Kloten an der Sporthalle ab.

Roman Walt, glp-Fraktion: Es würde ja eigentlich nicht erstaunen, wenn die glp die Erhöhung der finanziellen Beteiligung bei der Stiftung Sporthalle Stighag nicht gutheissen kann, waren wir doch – ich glaube mit Ausnahme einzelner FDP-Vertreter – die einzige Fraktion, welche sich im Mai 2016 gegen die ursprüngliche Vorlage gestellt hat. Nicht zu Ende gedacht, zu viele offene Fragen, das waren unsere Kritikpunkte. Ich persönlich finde bspw. die Verkehrssituation immer noch fragwürdig, und jetzt wird noch den Parkplatz ausgebaut, aber das ist hier nicht Thema und ich werde mich da bei Gelegenheit mit Christoph Fischbach (SP) etwas unterhalten. Jedenfalls: Man könnte meinen, die Meinung der glp ist gemacht, der Antrag ist abzulehnen und kann auf die Seite gelegt werden.

Ganz so einfach ist die Sachlage aber dann doch nicht, und wir wären nicht die Grünliberalen, wenn wir Anträge nicht sachbezogen genauer anschauen würden. Der Stadtrat stellt in drei Punkten eine Erhöhung der Beteiligung vor, der GRPK-Referent Andreas Keller hat die Punkte und Begründungen eingangs erwähnt, dazu jetzt unsere Argumente aus der glp-Fraktion.

Die Zusatzkosten zu Erschliessung und Ersatz Fruchtfolgeflächen betreffen das Land, den Boden, deren Eigentümerin die Stadt ist und bleibt. Entsprechend sind Kosten, welche diesen Punkt betreffen, auch durch die Stadt zu tragen. Der Erlass von Erschliessungskosten im Umfang von CHF 100'000 wurden bereits durch den Gemeinderat bewilligt, nun sind die Kosten aus verschiedenen Gründen um CHF 150'000 gestiegen. Natürlich wäre es schön gewesen, wenn diese Kostensteigerung schon bei der ursprünglichen Vorlage Thema gewesen wäre, dazu aber später noch etwas mehr. Wir sind der Ansicht, dass die erneute Übernahme der zusätzlichen Kosten jetzt aber konsequent ist und der Stadt zum Zeitpunkt des Heimfalls der Halle im Sinne einer besseren Erschliessung auch zugutekommt.

Der Ersatz bzw. die Kompensation der Fruchtfolgeflächen ist an eine 5-jährige Frist ab Baubewilligung durch den Kanton gebunden und die Grundeigentümerin – die Stadt – hat die Kompensation zu tragen. Da der Ersatz aus unserer Sicht nicht losgelöst von der ursprünglichen Vorlage gesehen werden darf (Stichwort Einheit der Materie), sind auch hier zusätzliche Kosten von max. CHF 305'000 durch die Stadt zu tragen und im Zusatzkredit zu berücksichtigen. Mit etwas genauerer Abklärung hätte auch dieser Punkt eigentlich bereits in der ersten Vorlage berücksichtigt werden können und müssen.

Trotzdem: In diesen beiden ersten Punkten unterstützen wir die Haltung des Stadtrats und unterstützen bis hierhin den Antrag. Anders bei der Erhöhung des Darlehens um CHF 800'000: Alles was die Halle selbst betrifft und damit in der Verantwortlichkeit der Stiftung liegt (Ausgestaltung, zusätzliche Kosten, Mehrwert) kann und muss zum Zeitpunkt des Heimfalls der Halle geklärt werden – auch ob die Halle im Wert gestiegen ist und die Stadt ihren Anteil erhöhen soll, um wieder die abgesprochene Beteiligung von 50% zu erreichen. Das Geschenk nehmen wir nicht einfach so an, wir haben dafür bezahlt. Es sind halt einfach nicht mehr die 50% zum heutigen Zeitpunkt. Der Gemeinderat hat den finanziellen Rahmen im Rahmen seiner Kompetenzen klar vorgegeben,

dass nun teurer gebaut wurde als geplant, löst keine Verpflichtung zur automatischen Erhöhung des Darlehens aus.

Ich bin ehrlich gesagt auch etwas erstaunt, wie scheinbar wenig durchdacht die Arbeiten am Bau angegangen und das Projekt nach dem Gemeinderatsbeschluss erweitert wurde. Ich bin auch erstaunt, wie – sagen wir mal – schwierig die Kommunikation zwischen Stadt und Stiftung gewesen sein muss, dass jetzt quasi darum gerungen wird, wer den schwarzen Peter zugespielt bekommt. Anders lässt sich die doch ziemlich aggressive Medien- und Lobbykampagne der Stiftung nicht erklären. Das ist umso erstaunlicher, weil im Stiftungsrat erfahrene Unternehmer und politische Persönlichkeiten von Kloten sitzen. Ich hätte vermutet, dass die grosse Erfahrung aus Politik und Wirtschaft und die existierenden Netzwerke zum Stadtrat zu einer reibungsloseren Umsetzung geführt hätten. So wirkt die ganze Sachlage aber sehr verworren und hat den fahlen Beigeschmack von undurchsichtigen Hinterzimmerabsprachen und Machtspielchen.

Unsere Fraktion steht für Transparenz und das Einstehen für Verantwortlichkeiten. Darum lehnen wir nicht die komplette Vorlage ab, sondern stellen wie vorangehend begründet als Gegenantrag die Übernahme der Zusatzkosten zur Erschliessung und zum Ersatz der Fruchtfolgeflächen. Gemäss bestehender Gesetzgebung heisst das, dass das Volk bei Unterstützung des Antrags über einen Zusatzkredit von CHF 455'000 abstimmen wird. Nicht so spektakulär wie die letzte Abstimmung über CHF 30 Millionen, aber Gesetz ist Gesetz und wir haben uns daran zu halten. Bezüglich Darlehen überlassen wir es dem Volk zum Zeitpunkt des Heimfalls der Halle, über deren Wert zu befinden, wenn dann dazu wieder ein Antrag gestellt wird.

Ich wiederhole an dieser Stelle die Haltung der glp-Fraktion vom 10.5.2016: «Ein solches privates Projekt ist aus unserem Verständnis unter denselben Aspekten zu prüfen wie ein Öffentliches, insbesondere wenn das fertige Produkt einmal Eigentum der Stadt wird.» Wir waren damals schon auf einer tiefen Flughöhe unterwegs. Genauso wie beim Projekt vom Ersatzneubau Ausseneisfeld. Ich bin überzeugt, wäre das Projekt 2016 aus diesem Verständnis genauer betrachtet worden, hätten wir den heutigen Zustand verhindern können und das Volk hätte noch vor Baubeginn «ja» oder «nein» zur Halle sagen können und müssen. Das heute ist eigentlich schon fast Zwängerei, die Halle steht und läuft und die Stiftung tut ihre Arbeit. Es wirft aber ein ziemlich schlechtes Licht auf die politischen Gremien der Stadt und die Stiftung, welche – und das muss man doch auch würdigen – einen immensen Aufwand betrieben hat um die Halle umzusetzen und betreiben zu können.

Die glp Fraktion lehnt also den Antrag des Stadtrats ab und stellt den Antrag, dem Volk einen Zusatzkredit in der Höhe von CHF 455'000 zur Übernahme der zusätzlichen Erschliessungskosten und der Kompensation der Fruchtfolgeflächen zur Abstimmung vorzulegen.

Wortmeldungen zum Antrag der glp

René Huber, Stadtpräsident: Ich möchte zu Roman Walt sagen, dass es keine Kommunikationsprobleme gab zwischen der Stiftung und Stadtrat, in keiner Art und Weise. Ich bin völlig erstaunt, was für interessante Schlussfolgerungen über irgendwelche Abmachungen oder komische Sachen, die passiert sind, gefällt wurden. Über das sprechen wir mal unter vier Augen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Zusatzkredit (Ziffer 1)

Variante Stadtrat (CHF 1'255'000)	6 Stimmen
Variante glp (CHF 455'000)	12 Stimmen
Enthaltung	12 Stimmen
Ausstand	2 Gemeinderatsmitglieder

Abstimmung über glp-Antrag

Zustimmung	18 Stimmen
Ablehnung	11 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme
Ausstand	2 Gemeinderatsmitglieder

Darlehen (Ziffer 2)

Zustimmung	5 Stimmen
Ablehnung	12 Stimmen
Enthaltung	13 Stimmen
Ausstand	2 Gemeinderatsmitglieder

Pause 19.34 – 19.40 Uhr

Schlussabstimmung bereinigte Ziffern 1 + 2 / Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst mit 18 Ja : 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung und zwei Mitgliedern im Ausstand:

1. Der Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 455'000.00 für die Erhöhung der finanziellen Beteiligung beim Projekt Sporthalle Stighag wird genehmigt und zuhanden der Urnenabstimmung zur Annahme empfohlen. Der Zusatzkredit dient der Erhöhung des Erlasses der Bewilligungs- und Erschliessungsgebühren sowie der Übernahme des Beitrags zur Kompensation der Fruchtfolgeflächen.
2. Die Erhöhung des bestehenden Darlehens an die Stiftung Sporthalle Stighag um Fr. 800'000 auf Fr. 2'550'000 wird abgelehnt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 6 lit. d) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

5
Genehmigung Budget 2020 und Festsetzung Steuerfuss 2020

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat mit Beschluss-Nr. 197-2019 vom 17. September 2019, er wolle das Budget 2020 genehmigen und den Steuerfuss auf 103 % (Vorjahr 103 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festsetzen.

Der Vorsitzende erläutert den Ablauf:
1. Eintretensdebatte
2. Grundsatzdebatte
3. Einzelberatung
4. Rückkommen
5. Steuerfussdebatte
6. Bereinigung Steuerfuss
7. Schlussabstimmung Budget 2020
8. Schlussabstimmung Steuerfuss 2020

1. Eintretensdebatte

Pascal Walt, CVP, Präsident GRPK: Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2020 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Fragen wurden fristgerecht und umfassend beantwortet. Ich bedanke mich bei allen Stadträten und Verwaltungsangestellten für die sorgfältige Ausarbeitung des Budgets und die Energie, uns detailliert Antworten und Erklärungen zu liefern. Danke. Somit beantragt die GRPK die Unterstützung.

Keine weiteren Wortmeldungen, somit ist das Eintreten stillschweigend beschlossen.

2. Grundsatzdebatte

Pascal Walt, CVP, Präsident GRPK: Der GRPK wurde ein Budget 2020 vorgelegt, das einen Ertragsüberschuss von CHF 1'586'815 abbildet. Trotz Mehraufwand gegenüber dem Vorjahresbudget, der zusätzlichen Bildung von Reserven, nach wie vor sehr hohen Investitionen und gleichbleibendem Steuerfuss resultiert durch höher erwartete Erträge ein positives Ergebnis. Unsere komfortable Ausgangslage setzt sich dieses Jahr fort. Es ist mittlerweile das zweite Budget, das nach der neuen Rechnungslegung HRM2 erstellt wurde. Mit dem Effekt, dass die Budgetpositionen verursachergerecht zugeordnet wurden, aber auch mehr, dafür kleinere Beträge, aufweisen. Dank hoher Aufmerksamkeit der GRPK und situatives Eintauchen in einzelne Budgetpositionen liegen uns Änderungsvorschläge der GRPK vor, die das Resultat der Erfolgsrechnung um CHF 34'500 verbessern und das der Investitionsrechnung um CHF 10'000 erhöhen. Die Anträge wurden fristgerecht allen Stadträten und Verwaltungspersonen mitgeteilt und gemeinsam mit der GRPK diskutiert worden. Im Anschluss an die Stellungnahmen des Stadtrats und der Verwaltungspersonen, stimmten wir nochmals darüber ab, welche Änderungen dem Gemeinderat durch die GRPK vorgeschlagen werden sollen und welche eher politisch gefärbt via Fraktionen eingebracht werden sollen. Ich weise darauf hin, dass in der GRPK keine Stimmenthaltung möglich ist. Im Rat steht es den Mitgliedern der GRPK frei, sich der Stimme zu enthalten. Die GRPK nahm das Budget 2020 mit den Änderungsanträgen einstimmig ab.

Wortmeldungen

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Christoph Fischbach, SP-Fraktion: Lassen Sie sich diese Zahlen auf der Zunge vergehen: 28,8 Mio. Steuerkraftausgleich, 10, Mio. Einlage in finanzielle politische Reserve, 1,6 Mio. Ertragsüberschuss. Das sind die Eckdaten des durch die GRPK bereinigten Budgets 2020.

Der Stadt Kloten geht es finanziell hervorragend. Klar die finanziellen und steuerlichen Rahmenbedingungen können sich rasch ändern. Darum ist es auch richtig und wichtig, dass Steuerreserven gebildet werden. Klar ist aber auch, dass in den nächsten Jahren weitere grosse Investitionen wie z.B. Ausseneisfeld, Schulinfrastrukturen etc. auf uns zukommen, aber das können wir uns nun wirklich auch leisten. Was aber stossend ist, dass die SVP eine Steuerfusssenkung von 1% beantragt. Die Stadt Kloten kostet dieser Antrag über CHF 1,1 Mio. Wie sieht es jedoch bei den einzelnen Steuerzahlern aus? Hier einige Beispiele:

- Eine Einzelperson mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 60'000 spart knapp CHF 30
- Ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 100'000 spart knapp CHF 50
- Juristische Person mit steuerbarem Reingewinn von Fr. 50'000 und steuerbarem Kapital von CHF 2 Mio. spart weniger als CHF 60
- Juristische Person mit steuerbarem Reingewinn von Fr. 200'000 und steuerbarem Kapital von CHF 20 Mio. spart knapp mehr als CHF 300

Günstigere Mietpreise oder tiefere Krankenkassenprämien bringen dem einzelnen Steuerzahler viel mehr als eine 1-prozentige Steuersenkung auf kommunaler Stufe. Solch eine Steuersenkung merkt also der normale Steuerzahler nicht wirklich, aber der Stadt Kloten fehlen CHF 1,1 Mio. Also bringt diese Steuersenkung Nullkommanichts. Die SP lehnt diesen Antrag darum ab. Kloten hat bereits einen attraktiven Steuerfuss, es muss nicht daran gerüttelt werden.

Der Stadtrat legt jedoch zum Teil ein mutloses Budget vor. Dort wo er Handlungsspielraum hat, hat er nicht viel gemacht. Ich erwähne nur zwei Beispiele. Beim Personal hätte der Stadtrat etwas Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten. Oder bei den Vereinsbeiträgen wäre etwas mehr möglich. Es geht nicht darum das Geld mit vollen Händen auszugeben, es geht nur darum in Bereiche zu investieren, wo es Sinn macht. Diese zwei Bereiche wären es wirklich wert. Und die finanzielle Lage Klotens würde dies zulassen. Die vorliegenden Anträge haben wir aus sachlichem und praktischem Blickwinkel beurteilt und die dementsprechende Zu- oder Ablehnung beschlossen.

Andreas Keller, FDP-Fraktion: Es hat mich ausserordentlich gefreut, als ich das Budget anschaute und den budgetierten Überschuss von rund CHF 1.5 Mio. sah. Das Wirtschaftswachstum ist zwar leicht rückgängig, aber der Wirtschaftsmotor brummt nach wie vor. Von dem her sollte das Budge auch ausgeglichen sein, wenn es nicht jetzt ausgeglichen wäre wann dann? Die von mir aus gesehen wenigen Kürzungsanträge, die noch folgen werden, sind auch ein Beweis oder anders gesagt eine Wertschätzung gegenüber der Verwaltung und der Exekutive für die zweckmässige Budgetierung.

Zudem freut es mich, dass weitere CHF 10 Mio. budgetiert wurden, um die finanzpolitische Reserven weiter auszubauen, um so die finanzpolitischen Ziele des Stadtrates zu erreichen. Somit wären per Ende 2020 immerhin CHF 17.5 Mio. darin. Das tönt zwar gut, aber wir dürfen nicht vergessen, Ziel ist es diese Finanzpolitischen Reserven mit CHF 90 Mio. zu füllen, damit bei so grossen unvorhergesehenen Ereignissen, wie damals beim Konkurs der Swissair, die Stadt Kloten nicht gleich die Steuern erhöhen muss. Bis wir diese CHF 90 Mio. ange-

spart haben sind noch einige Jahre Beiträge in gleichem Umfang zu tätigen. Hoffen wir, dass der Wirtschaftsmotor noch so lange brummt, wie im Moment. Damit wir aber die Möglichkeit schaffen, diese Reserven weiter aufzubauen ist es wichtig, dass wir weiterhin sorgsam mit den Mitteln umgehen und dem Steuerfuss wie vom Stadtrat beantragt weiterhin bei 103% bleibt.

Dass wir im Geld schwimmen haben wir ja an der letzten Gemeinderatssitzung von Christoph Fischbach gehört. Das ist im Moment auch richtig, aber wenn Kloten alle anstehenden Investitionen durchgeführt hat wird unser Eigenkapital aufgebraucht sein. Die Swissair wurde auch mal die fliegende Bank genannt, was im 2001 passiert ist muss ich euch ja nicht sagen. Soweit wollen wir ja nicht kommen. Zudem sprechen wir hier immer von Steuergelder, die wir hier ausgeben. Kloten profitiert ausserordentlich stark von einer guten Wirtschaftslage solange die Gewinne der juristischen Personen sprudeln, aber wir dürfen nicht vergessen, dass eine natürliche Person durchschnittlich rund um die CHF 5000 an Steuern bezahlt. Daher ist es ausserordentlich wichtig, dass wir auch bei kleineren Posten nicht einfach die Augen zu machen, da wir ja im Moment Geld schwimmen. Dies auch aus Respekt gegenüber unseren natürlichen Personen als Steuerzahler. Nun wünsche ich uns eine gute und faire Budget-Debatte.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Die Grüne Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für das vorliegende Budget. Dieses kommt sehr ausgewogen daher und sieht einen Ertragsüberschuss vor. Das sind wir uns ja schon fast nicht anders gewohnt. Im Idealfall wird bei der Rechnung 2020 dann sogar ein noch fetterer Gewinn resultieren. So ist es in den vergangenen zehn Jahre ja meistens der Fall gewesen.

Wir sind uns aber sehr bewusst, dass dies nicht in Stein gemeisselt ist und schätzen deshalb den sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln, der von einem von diesem Rat in ausgewogenem Masse und vom anderen Teil oft in übertriebenen Masse praktiziert wird. Ich möchte aber nicht sagen, dass diese Praxis immer übertrieben ist. Der Umgang mit den monetären Ressourcen sollte sich aber mit der momentanen finanziellen Situation im Einklang bewegen. Und die finanzielle Situation von der Stadt Kloten sieht zurzeit sehr gut aus, wenn nicht sogar hervorragend.

Aus diesem Grund werden wir keine Kürzungsanträge unterstützen, welche nur das Ziel haben zu suggerieren, dass wir sparsam sind, in der Wahrheit aber unsere Budgethoheit ausnützen, um idealistische Ziele zu verfolgen, welche sich eben nicht im Einklang mit der Finanzlage und den Betriebsabläufen unserer Stadt bewegen und somit attraktivitätsmindernd für den Stand- und Wohnort Kloten sind.

Auch werden wir nicht am Steuerfuss schrauben. Dieser sollte eine Verlässlichkeit darstellen, in Anbetracht von den hohen Investitionen stabil bleiben und nicht als Spielball populistischer Machtspiele dienen.

Kürzungen, die Korrekturen darstellen, die aus Fehlbudgetierungen usw. resultieren, werden wir aber unterstützen. Auch klar unterstützen werden wir die Erhöhungen der Vereinsbeiträge, welche aus unserer Sicht schon längst fällig sind. Diese dienen ganz klar dem Wohle der Stadt und tragen einen wesentlichen Teil zum Zusammengehörigkeitsgefühl bei. Vielen Dank.

Irina Bannwart CVP-Fraktion: Im Namen der CVP-Fraktion bedanke ich mich beim Stadtrat für die Ausarbeitung des Voranschlags 2020. Wir können dem Budget entnehmen, dass es der Stadt Kloten finanztechnisch nach wie vor gut geht. An dieser Stelle sollte man aber nichts verschreien und auf eine gewisse Beständigkeit setzen. In naher oder mittelfristiger Zukunft stehen doch einige grosse Investitionen an. Das ist auch der Grund, weshalb die CVP den Steuerfuss auch im Jahr 2020 bei 103% belassen wird. Aufgrund von Konstanz und Weitblick. Zur Einzelberatung kann ich sagen, dass die CVP alle Anträge, bei denen es um reine Korrekturen von Budgetposten geht, unterstützt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der GRPK für ihre Arbeit und das Finden solcher Fehler in der Budgetierung bedanken. Gewisse weitere Kürzungs- oder Erhöhungsanträge wird die CVP unterstützen, andere nicht.

Roman Walt, glp-Fraktion: Die glp hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und dankt an dieser Stelle ganz herzlich allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budgets. Ein anhaltend positives Budget ist natürlich erfreulich und macht auch zuversichtlich für die kommenden Herausforderungen, wie den anstehenden Investitionen in Infrastruktur und dem weiterem Bevölkerungs- und Ausgabenwachstum. Einen stabilen Steuerfuss garantiert dabei die Planungssicherheit, sowohl für die Bevölkerung als auch für das Gewerbe. Wir haben in der Fraktion das Budget geprüft und stehen mehrheitlich hinter dem vorgeschlagenen Budget. Zu den einzelnen Änderungsanträgen werden wir, wo nötig, Stellung nehmen. Gewisse Anträge, wie eine Mehrheit der GRPK-Anträge, werden wir unterstützen, andere nicht.

Silvan Eberhard, SVP-Fraktion: Wir haben zum vorliegenden Budget sehr viele Fragen gestellt. Das ist auch dem Umstand, der Umstellung auf HRM2, geschuldet. Es gab viele Verständnisfragen, die alle beantwortet wurden. Wir werden einige Kürzungsanträge unterstützten. Wir haben es gehört, es geht der Stadt Kloten gut. Auch die Finanzplanung sagt, dass wir all unsere Ziele erreichen. Seit ich dabei bin, gibt es diese Finanzplanung und sie sagte uns immer, dass wir in 5 Jahren ziemlich bös verschuldet seien und unsere finanzpolitischen Ziele nicht mehr erreicht werden. Wenn sogar der Finanzplaner sogar sagt, dass wir die finanzpolitischen Ziele erreichen, dann ist es definitiv Zeit, dem Volk etwas zurückzugeben. Zu dem Punkt werde ich beim Antrag zur Steuersenkung aber noch etwas sagen.

Tanja Woodhatch, EVP-Fraktion: Die EVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budgets. Auch wir haben das genau geprüft und werden wo nötig Stellung nehmen zu gewissen Anträgen. Im Grossen und Ganzen sind wir dankbar über die gute finanzielle Situation, möchten uns aber gerne Christoph Fischbach anschliessen beim Thema Steuerfuss. Er hat ausgerechnet, wie viel man dem Volk zurückgibt. Es scheint mir keine sachlich bezogene und sinnvolle Massnahme zu sein, sondern schadet der Stadt Kloten. Tim Häfliger wird zum Steuersenkungsantrag noch Stellung nehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

3. Einzelberatung

Es liegen bis jetzt 10 Anträge zum vorliegenden Budget vor. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Die Abstimmungen erfolgen nach Cockpit-Nummer.

1) Antrag der EVP Erfolgsrechnung 1220.71

1220.71/3636.00: Erhöhung freiwillige Beiträge Sport (+ CHF 32'490)

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der EVP das Wort.

Tim Häfliger, EVP-Fraktion: Ich werde gleich auf alle drei Anträge der EVP eingehen. Zu Beginn ein Zitat unseres Stadtpräsidenten, René Huber: 'Es könnte an einer Budgetdebatte aber anstelle einer Kürzung auch mal ein Antrag auf Erhöhung gestellt werden. Das ist dem Gemeinderat freigestellt. Ich kann die Fraktionen, die das wollen, nur motivieren, einen Erhöhungsantrag zu stellen.'

Die EVP und weitere Gemeinderäte haben sich das zu Herzen genommen und stellen deshalb den Antrag auf Erhöhung von gesamthaft CHF 50'000 zugunsten Klotener Vereine. Die Beträge wurden so aufgeteilt, dass die Erhöhung für freiwillige Beiträge Sport, freiwillige Beiträge Soziales und freiwillige Beiträge Naturschutz ein bisschen mehr als 20% dazukommen. Vereine unter Kultur allgemein, Freizeit und Bereich Alter haben eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt Kloten. Deshalb gibt es dort keinen Antrag auf Erhöhung. Die Erhöhung wird auch bei Musik und Theater nicht beantragt, da zurzeit die verschiedenen Vereine der Musik eher eine sehr geringe Mitgliederzahl haben und nicht das gesamte Geld, das zur Verfügung steht, brauchen. Auch bei einem Zuwachs von Mitgliedern wäre dort genügend Geld vorhanden.

Durch das starke Wachstum der Stadt Kloten ist eine Erhöhung der Vereinsbeiträge auch die richtige Folge daraus. Es werden in den nächsten Jahren viel mehr Kinder eingeschult als erwartet. Das bedeutet auch, dass Vereine mit mehr Mitgliedern rechnen müssen. Vereine erfüllen eine wichtige Aufgabe im Bereich des sozialen Miteinander und in der Erziehung der Kinder. Mit den Schulen und weiteren Institutionen gehen Vereine in diesen Bereichen Hand in Hand. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Vereine mit dieser wichtigen Aufgabe nicht vergessen, damit sie diese Aufgabe auch meistern können. Es geht um die Entwicklung und Zukunft der nächsten Generation. Es ist Tatsache, dass viele Leiter, Trainer usw. die Arbeit für die Vereine unentgeltlich leisten. Trotzdem wachsen die Ausgaben der Vereine Jahr für Jahr. Der allgemeine Betrieb, Meisterschaften und Lizenzen werden immer teurer. Die gesamten Finanzen können Vereine je länger nicht mehr stemmen. In Zürich gibt es ebenfalls einen harten Konkurrenzkampf um Sponsorengelder. Das macht es für die Vereine auch nicht einfacher.

Wir von der EVP stehen für eine gute Entwicklung und Erziehung der nächsten Generation ein, die Hand in Hand mit Schulen, Vereinen und weiteren Institutionen abgedeckt wird. Deshalb ist die EVP der Meinung, dass Vereine besser unterstützt werden müssen.

Wortmeldungen

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Ich nehme gleich zu allen drei Anträgen Stellung, wie das Tim Häfliger getan hat. Die Vereine in der Stadt Kloten tragen einen wesentlichen Teil zur Standort- und Wohnqualität bei. Sie leisten ein starkes ehrenamtliches Engagement, fördern damit die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, tragen dazu bei, dass gesunde und sinnvolle Freizeitangebote existieren, fördern den Zusammenhalt von unserer Bevölkerung, bereichern die kulturelle und sportliche Vielfalt, holen Kinder weg vom 'rumhängen', sammeln Altpapier und Karton, beteiligen sich an Anti-Littering-Aktionen, beleben die Stadt, fördern geistige und körperliche Leistungsfähigkeit, schützen die Natur, und so weiter und so fort.

Liebe Ratskollegen, jetzt ist es Zeit ein Zeichen zu setzen und das riesige Engagement zu honorieren und zu verdanken. Auch ist es Zeit zu zeigen, welche Fraktionen hier in diesem Rat hinter diesem Engagement stehen und es auch entsprechend würdigen. Im Sinne von Christoph Fischbachs Vorstoss, welcher von diesem Parlament überwiesenen wurde und im Angesicht von unserer finanziellen Lage können jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden und somit die Beiträge von der Stadt Kloten an unsere Vereine erhöht werden. In der Antwort vom Stadtrat ist dieser Steilpass ja auch ganz offensichtlich dargelegt worden. Das nützt den Vereinen mehr, als wenn wir ihnen ein Denkmal errichten. Denn das, was sie dringend benötigen, sind die finanziellen Mittel um ihren wertvollen Aufgaben nachzukommen.

Die Grüne Fraktion ist ganz klar für die Erhöhungen von den drei Budgetposten freiwillige Beiträge Sport, freiwillige Beiträge Soziales und freiwillige Beiträge Naturschutz. Zudem möchten wir den Kollegen der EVP für diesen Antrag danken.

Ueli Schlatter, SVP: Vor einiger Zeit wurde bereits über Vereinsbeiträge debattiert. Man hat Auswüchse festgestellt, dass die einen zu viel erhielten, die andern, die etwas zugut gehabt hätten, haben nichts erhalten. Man hat dem Stadtrat damals den Auftrag gegeben, er solle dies liberalisieren. Das hat er getan. Man hat eine Erhöhung gegeben und das hat gut funktioniert. Wissentlich, dass nicht mal alle Vereine, die Geld zugut haben, dieses auch abholen. Wenn ihr sagt, man müsse den Vereinen etwas geben, wieso habt ihr dann vorhin nein gesagt beim Stighag? Das ist für mich ein Zwiespalt. Ich denke, es ist der falsche Weg, Einzelbeträge anzuheben. Der Stadtrat soll über die Bücher gehen und ein Konzept für die Vereine ausarbeiten. Dann können wir über die Gesamtsumme abstimmen und den Vereinen das nötige Geld geben.

Peter Nabholz, FDP: Der Stadtrat hat das tatsächlich vor einiger Zeit gemacht und hat das auch in der Beantwortung zu Christoph Fischbachs erwähnt. Ich frage mich, weshalb Sport, Soziales und Naturschutz unterstützt werden soll und von nachhaltiger Jugend und Zusammenhalt der Bevölkerung gesprochen wird. Die Senioren werden einfach vergessen. Freiwillig@kloten ist mit Klotener Einwohnern sehr intensiv tätig. Das Geld, das dort gesprochen wird, ist sehr gut eingesetztes Geld. Und jetzt soll dort für die Senioren kein Geld gesprochen werden? An denen geht man einfach vorbei, wie auch an der Kultur?

Ich finde es komisch, dass man überall ein bisschen Geld fliessen lässt pauschal und auf der anderen Seite der Beitrag der Landsgemeinde gestrichen, weil diese nicht stattfindet. Ich finde das ein ziemlich spezieller Antrag und bitte euch, diesen nicht zu unterstützten. Überlasst das dem Stadtrat.

Roman Walt, glp-Fraktion: Jeder Anwesende weiss, was die Vereine in Kloten leisten. Das zeigt sich auch bei den Vorstössen, die eingereicht wurden (Puck, Wahrzeichen für Sportvereine, etc.). Alle drei Anträge der EVP wollen CHF 50'000 zusätzlich an ausgewählte Vereine aus den Bereichen Sport, Soziales und Natur sprechen. Dies nicht nachfrageorientiert, sondern proaktiv, nachdem 2018 die Vereinsbeiträge an die Teuerung angepasst wurden und der Vereinsschlüssel bzw. Verteilschlüssel noch in der Überarbeitung ist. Das wirkt für uns nicht wirklich zielführend und – wie von mir 2017 bei der Abschreibung des Postulats Heinzelmann bereits erwähnt – nach unerwünschtem Giesskannenprinzip und Gleichmacherei. Jeder Verein trägt aktiv zur Lebensqualität in Kloten bei. Das ist nicht zwangsweise von der Anzahl Mitglieder abhängig. Welche Aufgaben, welche Rolle, unabhängig von Grösse oder Bereich in Sport, Sozialem, Kultur, was auch immer, nimmt ein Verein wahr? Wie ist die Arbeit zu bewerten, aus Sicht der Stadt, der Gesellschaft, der Mitglieder? Die Vereinslandschaft ist sehr vielfältig, dass soll sie auch sein. Aber die Vielfalt ist auch zu berücksichtigen und nicht über formelle Kriterien, die einzelne Vereine möglicherweise ausschliessen oder benachteiligen, einzuschränken. Wer Unterstützung braucht, sollte es auch beantragen können. Das ist schon heute möglich. Wie René Huber an der letzten Sitzung angedeutet hat ist der Stadtrat daran, die nötigen Angaben und Bedürfnisse zusammenzutragen, dann wissen wir auch was die Vereine von der Stadt erwarten. Warten wir doch den Abschluss dieser Arbeiten ab und entscheiden dann. Die glp kann zum heutigen Zeitpunkt die Anträge der EVP nicht unterstützen.

Christoph Fischbach, SP-Fraktion: Es geht nicht ums Ausspielen Jung gegen Alt oder Verein Freiwillig@kloten gegen andere Vereine. Ich war noch in der GRPK als es um diesen Verein ging. Dieser hat halt eine Leistungsvereinbarung, die von mir aus auch erhöht werden kann. Die leisten wirklich super Arbeit. Zu fragen, weshalb man denen nicht auch mehr Geld gibt, wenn man den Jungen mehr Geld gibt, dort habt ihr euch relativ lange schwer getan zuzustimmen, so wie wir es jetzt haben. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass es eine gute Sache ist. Von mir aus könnte man das ausbauen.

Nun zum Giesskannenprinzip oder ob die Anzahl Mitglieder ein wichtiger Teil bei der Verteilung der Mitglieder. Ob ein Verein 700 Mitglieder hat oder nur 10 sollte bei der Verteilung der Gelder schon berücksichtigt werden.

Betreffend das schon einige Male zitierte Postulat Heinzelmann mit der Auslegeordnung und dem Teuerungsausgleich war ich enttäuscht als Mitunterzeichner, denn man hat nur das Minimum gemacht. Die Teuerung wurde ausgeglichen und der Gesamtbetrag um CHF 20'000 erhöht. Einer der grössten oder sogar der grösste Verein hat 10% mehr erhalten als vorher. Die Mitgliederzahl bei den Kindern, hauptsächlich Kinder aus Kloten, ist aber an die 50% gestiegen in der Zwischenzeit. Es wurde eine Mädchenabteilung eingeführt, während andere Vereine diese aufgehoben haben. Da kann man nicht vom Giesskannenprinzip sprechen.

Die angekündigte Bedürfniserhebung lief so ab: Man wurde angefragt, das Subventionsgesuch einzureichen. Das haben wir wie wahrscheinlich alle anderen Vereine getan. Es war keine eigentliche Bedürfnisabklärung. 90% der Vereine haben das Geld wirklich nötig. Es ist so, dass vielleicht die ein oder anderen das Geld nicht abholen. Es ist so, dass es eine Holschuld ist in einem gewissen Mass. Es sind aber nicht alle Präsidenten und Finanzvorstände gleich versiert. Vielleicht fiel das auch beim ein oder andern zwischen Stuhl und Bank. Man kann daraus nicht schliessen, dass die das Geld nicht nötig haben. Vielleicht wurde es auch versehentlich nicht abgeholt. Der Stadtrat müsste da proaktiv auf die Vereine zugehen.

Wie es Roman Walt schon gesagt hat. Der Bedarf ist 100%ig da. Bei grösseren Vereinen kann ohne professionelle Hilfe der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden. Da braucht man professionelle Unterstützung. Da nützen dann auch CHF 3'000 mehr in der Kasse nicht viel. Da braucht es mehr Geld. Alles kann man aber nicht auf die Mitglieder abwälzen, sonst wird der Mitgliederbeitrag CHF 1'000. Das ist beim sozialen Gefüge in Kloten nicht wünschenswert.

Deshalb ist der Antrag der EVP nur ein Minimum. Man sollte noch mehr tun in diesem Bereich. Es ist aber ein guter Anfang, deshalb unterstützt die SP den Antrag.

Abstimmung

Der Antrag der EVP wird mit 12 Ja : 18 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

2) Antrag der GRPK Erfolgsrechnung 1220.80

1220.80/3636.00: Streichung der Fr. 30'000 für den Beitrag an Verein Landsgemeinde Kloten (- CHF 30'000)
Grund: Fehlbudgetierung bestätigt

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der GRPK, Ueli Morf, das Wort.

Ueli Morf, SVP, namens der ***GRPK***: Es handelt sich um eine reine Fehlbuchung. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Antrag der GRPK wird grossmehrheitlich angenommen.

3) Antrag der EVP Erfolgsrechnung 1220.80

1220.80/3636.00: Erhöhung freiwillige Beiträge Soziales (+ CHF 16'650)

Keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Antrag der EVP wird mit 12 Ja . 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

4) Antrag der EVP Erfolgsrechnung 1220.90

1220.90/3636.00: Erhöhung freiwillige Beiträge Naturschutz (+ CHF 860)

Wortmeldungen

Regula Kaeser-Stöckli, Stadträtin: Ich muss ganz ehrlich sagen, ich verstehe die Welt nicht. Ich könnte in den Tisch beissen. Die EVP stellt den Antrag, den ihr ja auch wolltet, damit wir mehr Geld erhalten für die Vereine und den Vereinen mehr verteilen können. Das heisst ja nicht, dass wir das alles nach dem Giesskannenprinzip verteilen. Wir haben die Umfrage gestartet und 19/20 werden demnächst die Beiträge gesprochen. Die Erhebungen wurden gemacht. Es ist ja nicht so, dass Sport nur von den Jungen betrieben wird. Sonst fühle ich mich jetzt sehr jung, fast teenagermässig, weil ich wahrscheinlich da drinnen mehr Sport treibe, als mancher Junger. Wenn ihr uns mehr Geld gebt zum Verteilen, dann können wir den Schlüssel auch anders anwenden und können auch mehr verteilen. Wenn wir das von uns aus gemacht hätten... Wir blieben aber auf der vorsichtigen Seite und sagten, der Gemeinderat habe das immer wollen. Nun geben wir ihm die Chance, das auch zu tun. Nur weshalb macht ihr es nicht? Ich verstehe die Welt nicht. Ihr könntet euren Vereinen, für die ihr einsteht, mehr Geld geben. Warum macht ihr das nicht? Das heisst, dass wir nächstes Jahr Geld vorsehen, wenn ihr den Mut nicht habt. Ich habe ihn.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Abstimmung

Der Antrag der EVP wird mit 12 Ja . 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

5) Antrag der GRPK Erfolgsrechnung 2210.10

2210.10/3102.00: Gemäss Vereinbarung ist die Grundpauschale Stadtseite pro Jahr CHF 126'000, budgetiert sind CHF 136'000 (- CHF 10'000)
Grund: Fehlbudgetierung bestätigt

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der GRPK, Roman Walt, das Wort.

Roman Walt, glp, namens der ***GRPK***: Die GRPK befürwortet einstimmig die Korrektur.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Abstimmung

Der Antrag der GRPK wird mit einer Gegenstimme angenommen.

6) Antrag der GRPK Erfolgsrechnung 6210.00

6210.00/3130.00: Erhöhung Anwaltskosten bei Rekursen und rechtlichen Auseinandersetzungen von CHF 24'000 auf CHF 40'000 (+ CHF 16'000)
Grund: Budgetierung gemäss Fallzahl vom 2019

Ich gebe der Referentin der GRPK, Sandra Eberhard, das Wort.

Sandra Eberhard, SVP, namens der ***GRPK*** zur Korrektur Konto 6210.00/3130.00 Anwaltskosten bei Rekursen und rechtlichen Auseinandersetzungen gemäss Fallzahl 2019. Erhöhung der Anwaltskosten für innerbehördlichen Rechtsstreitigkeiten von budgetierten CHF 8'000 um CHF 16'000 auf neu CHF 24'000:

Seit einem Jahr wurden Aufsichtsbeschwerden an den Bezirksrat eingereicht. Sämtliche abgeschlossenen Aufsichtsbeschwerden wurden abgelehnt. Mittels Aufsichtsbeschwerde kann jede Person an den Bezirksrat gelangen, wenn sie bei einer Gemeinde einen Missstand feststellt. Der Bezirksrat greift ein, wenn Hinweise auf klare Rechtsverletzungen bestehen oder die ordnungsgemässe Führungs- oder Verwaltungstätigkeit auf andere Weise gefährdet ist. Beim Schulwesen beschränkt sich die Aufsicht des Bezirksrats jedoch auf organisatorische, personalrechtliche und finanzielle Fragen.

Die ersten Beschwerden wurden von der Schulverwaltung noch selber für den Bezirksrat beantwortet. Die Beantwortung der folgenden Beschwerden wurden jedoch aufgrund der beschränkten Ressourcen seitens Schulverwaltung dem Anwalt übergeben. Im Falle einer internen Aufsichtsbeschwerde als offiziellen Rechtsbehelf ist dies in der Verwaltung Usus. Aufgrund der bestehenden Anwaltsrechnung kann man die ungefähren Anwaltskosten pro Aufsichtsbeschwerde für die Stadt Kloten definieren. Aus diesem Grund und aufgrund der bestehenden Erfahrungen wurde ein Betrag von CHF 8'000 für Anwaltskosten ins Budget 2020 aufgenommen.

Die GRPK hat sich mit diesem Budgetposten soweit es die Schweigepflicht erlaubt auseinandergesetzt. Aufgrund der Antworten auf ihre Fragen zu diesem Budgetposten ist sie mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass die CHF 8'000 für das 2020 nicht reichen werden. Die GRPK stellt daher mehrheitlich den Antrag zur Erhöhung der Anwaltskosten für innerbehördlichen Rechtsstreitigkeiten um CHF 16'000 auf neu CHF 24'000.

Wortmeldungen

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Die Grüne-Fraktion ist nicht bereit, der Schulbehörde einen Budgetfreipass für interne Rechtsstreitigkeiten zu erteilen. Falls sich im 2020 doch wieder solche Streitereien ereignen, soll sich dich Schulbehörde die Anwaltskosten selbständig oder sonst der Stadtrat sprechen.

Roman Walt, glp-Fraktion: Es scheint heute schon fast zum guten Ton zu gehören, bei Differenzen und Streitigkeiten im Bildungsbereich den Rechtsweg zu beschreiten und Anwälte beizuziehen, sei dies möglicherweise als Androhung oder effektive Massnahme von Eltern bei Elterngesprächen oder Übertrittsgesprächen, bei mögliche Schadensfällen auf dem Schulhofgelände oder anderen Streitigkeiten. Seit neuestem also auch bei innerbehördlichen Streitigkeiten. Und so sehr ich Verständnis habe, den eigenen Lehrkörper oder die Schule Kloten als Ganzes bei externen Rechtsstreitigkeiten wie Anzeigen oder Schadensfällen juristisch schützen zu wollen und zu können, umso weniger Verständnis habe ich dafür bei innerbehördlichen Differenzen. Die Schulbehörde besteht aus demokratisch gewählten Personen, sie unterliegen dem Amtszwang, dem Kollegialitätsprinzip und dem Amtsgeheimnis. Es müsste eigentlich im Interesse aller Beteiligten liegen, Streitigkeiten auf konstruktivem Weg und auf Augenhöhe zu lösen. Denn die administrative Struktur, die Einbettung der Schulbehörde in das rechtliche Korsett, welches aufgrund heikler Personenentscheide durchaus Sinn machen kann, erlaubt es Aussenstehenden nicht, die ganze Tragweite von Differenzen zu erkennen, getroffene Massnahmen zu prüfen und weitere Hilfe anzubieten.

Darum ist die Massnahme, ein Budget für Anwaltskosten bei innerbehördlichen Streitigkeiten zu sprechen oder - wie nun gefordert - gar zu erhöhen, ein aus unserer Sicht äusserst fragwürdiges Mittel. Einerseits baut die Rechtsvertretung eine Drohkulisse auf, welche – nebst hohen Kosten - eine konstruktive Lösung verunmöglicht. Andererseits kann die Legitimation durch ein Budget auch Pull- oder Sogeffekte auslösen, dieses Budget dann auch durch rechtliche Wege zu nutzen. Der Konflikt eskaliert weiter. Ein Teufelskreis. Das Signal, das die Mehrheit der GRPK und des Gemeinderats hier mit der Erhöhung geben will und wohl auch wird, ist somit - wie erwähnt - äusserst fragwürdig.

Ist es finanztechnisch legitim, dass Schulbehörde und Gemeinderat Gelder zum erwähnten Zweck sprechen? Absolut. Ist es der richtige Weg um die Situation zu deeskalieren? Ganz sicher nicht. Entsprechend sprechen wir uns vehement gegen die Erhöhung des Budgetpostens aus und plädieren für den Beibehalt des ursprünglich vorgesehenen Betrags um noch offene rechtliche Arbeiten im 2020 abschliessen zu können. Wir fordern den Schulpräsidenten und die Schulbehörde auf, konstruktivere Lösungswege zu suchen und zu finden. Denn – und das wird relativ deutlich aus der Beantwortung meiner kleinen Anfrage ersichtlich – die Schule Kloten hat definitiv grössere Probleme zu bewältigen als innerbehördliche Streitigkeiten.

Abstimmung

Der Antrag der GRPK wird mit 19 Ja : 13 Nein-Stimmen angenommen.

7) Antrag der SVP Erfolgsrechnung 7230.20

7230.20/3111.00: Streichung Rasenmähroboter (- CHF 30'000)

Sandra Eberhard, SVP, tritt in den Ausstand. Sie nimmt auf den Plätzen hinten im Saal Platz.

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der SVP das Wort.

Marco Brunner, beantragt namens der ***SVP-Fraktion*** die Streichung von CHF 30'000 für den Rasenmähroboter aus den folgenden Gründen:

Der erste Roboter, eingesetzt ab Juni 2019, hatte erst drei Monate hinter sich, da wurde schon der nächste beantragt. Basiert die Einsparung nur auf diese ersten drei Monate, dann ist das der falsche Weg. Die Erkenntnisse sind rein hypothetisch und basieren nicht auf Erfahrungen. Der zusätzliche Aufwand sowie die Verschiebung der Kosten belaufen sich auf den Unterhalt des Roboters sowie aufs Mähen statt Striegeln. Das heisst, es muss nicht mehr manuell gemäht, sondern gestriegelt werden. Es ist eine reine Verschiebung der Kosten.

Die Platzqualität auf dem Hauptplatz, dort wo der Roboter eingesetzt wird, ist ebenfalls ungenügend. Da kann sicherlich der Präsident des mehrfach genannten Vereins Auskunft geben. Jedenfalls führt das zu einer stärkeren Belastung der Nebenplätze, die manuell mehr unterhalten werden müssen. Aus diesen Gründen fordern wir den Stadtrat auf, falls sich die Einsparungen tatsächlich ergeben und die Amortisation des Roboters zeitnah möglich ist, diesen Roboter nochmals ins Budget 2021 aufzunehmen.

Regula Kaeser-Stöckli, Stadträtin: Es ist nicht so, dass ich jetzt den Rasen mähen gehe. Nein, es geht um den sogenannten Big Move. Durchschnittlich muss die Rasenfläche eines solchen Platzes 40x pro Jahr gemäht werden. Mit dem neuen Konzept sieht man vor, den Rasen 30x mit dem Big Move und 10x von einem Menschen mähen zu lassen. Das gibt Einsparungen pro Jahr bei einer Hochrechnung auf die 40 prognostizierte Mähvorgänge von CHF 14'500. Der Rasenmäher kostet CHF 30'000. Man rechne. Es braucht rund zwei Jahre, bis der amortisiert ist und sich rechnet. Die Einsparmöglichkeit beeinträchtigt die Qualität nicht. Die Einsparmöglichkeit tut niemandem weh. Effizienz wird gefordert. Man soll schauen, wo man Einsparungen machen kann. Wir wären froh, wenn wir einen zweiten Big Move anschaffen könnten, um die CHF 14'500 pro Jahr einzusparen. Es tut niemandem weh.

Christoph Fischbach, SP: Das ist ein sinnvoller Antrag der SVP. Wie es Marco Brunner schon ausgeführt hat, sind die vorliegenden Erfahrungswerte zu wenig ausgereift. Der Big Move ist drei Monate in Betrieb und die Qualität ist nicht besser geworden. Ich bin auch kein Rasenspezialist, möchte aber beliebt machen, das Jahr abzuwarten und zu schauen, ob das etwas bringt. Man würde besser andere Dinge forcieren wie zum Beispiel Beleuchtungen durch LED-Lampen zu ersetzen. Das wäre von der Beleuchtung und Energie her besser.

Wir sollten besser mit dem bereits vorhandenen Rasenmähroboter testen, ob er sich bewährt. Die Rasenqualität ist sicher nicht besser geworden. Über die Rasenqualität für einen 1. Liga-Frauen-Club lässt es sich streiten. Die Herren sind in einer tieferen Liga. Die dritte Liga braucht nicht einen super Platz, aber für die ehemalige Nati B-Damen-Mannschaft wäre es angebracht.

Ueli Schlatter, SVP: Ich möchte nur noch etwas erwähnen zum Ganzen. Die Maschine hat CHF 30'000 gekostet. Was die Installation gekostet hat, sehen wir in der nächsten Abrechnung. Die ist nämlich nicht in diesem Betrag enthalten.

Das Gerät ist im Einsatz, aber der Rasen hält nicht. Das weiss ich. Die Rasenoberfläche hat sich verfilzt. Die Wurzelbildung ist nur noch 10-15 cm, statt normalerweise 20-25 cm. Das ist vermutlich auf das Gerät zurückzuführen. Das Gerät ist für einen Hausrasen zu gebrauchen, aber auf einem Sportplatz, wo der Rasen aktiv strapaziert wird, ist die Maschine fehl am Platz. Zuerst sollen Erfahrungen gesammelt werden mit einem Gerät.

Abstimmung

Der Antrag der SVP wird mit 24 Ja . 4 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen und einem Gemeinderatsmitglied im Ausstand angenommen.

8) Antrag der GRPK Erfolgsrechnung 8220.31

8220.31/3113.00:	Streichung für Anschaffung Hardware (- CHF 11'000)
Grund:	Doppelte Budgetierung bestätigt

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der GRPK, Andreas Keller, das Wort.

Andreas Keller, FDP, namens der ***GRPK***: Die GRPK stellte die doppelte Budgetierung fest. Der Betrag ist bereits auf einem anderen Konto vorgesehen. Vom zuständigen Ressortvorsteher wurde das so bestätigt. Die GRPK empfiehlt die Streichung einstimmig.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Antrag der GRPK wird einstimmig angenommen.

9) Antrag der FDP Investitionsrechnung 110

110 / 5060.010	Streichung Ersatz Laser-Geschwindigkeitsmessgerät (- CHF 110'000)
Grund:	Geld zu binden um ein Gerät anzuschaffen, das nach einigen Jahren nicht mehr voll einsatzfähig und in der Technik veraltet ist, macht keinen Sinn.

Aus der Streichung resultiert bei der laufenden Rechnung eine Ersparnis von CHF 13'800 für Abschreibungen.

Der Vorsitzende gibt dem Referenten der FDP, Peter Nabholz, das Wort.

Peter Nabholz, FDP-Fraktion: Da die erste Beantwortung unserer Frage suggeriert hat, dass der semistationäre und sichtbare Blitzkasten nichts nützt, vorsätzliche Raser aus dem Verkehr zu ziehen oder verbotene Autorennen zu unterbinden, weil er eben stationär und sichtbar ist, und so ein Lasergerät zu Standardausrüstung jeder Polizeipatrouille gehört, haben wir eine zweite und dritte Frage gestellt. Diese waren, ob es einen gesetzlichen Auftrag gebe und ob so ein Gerät gemietet werden kann.

Darauf folgte zur gesetzlichen Auflage ein klares Nein mit dem wiederholten Hinweis, dass es helfe, Raser aus dem Verkehr zu ziehen und rasch auf Meldungen aus der Bevölkerung zu reagieren und somit zur Verkehrssicherheit beitrage.

Weiter sei es möglich, ein Gerät für CHF 16'155 zu mieten. Da das Lasergerät 40x eingesetzt wird im Jahr, lohne sich die Tagesmiete von CHF 592.35 nicht. Das sehen wir auch ein.

An der GRPK Sitzung, bei welcher ich Andreas Keller stellvertreten durfte, kamen dann der Polizeichef von Kloten, Herr Schaub, und Marc Osterwalder und zeigten das Gerät auf einem Foto und beschrieben uns warum sie das alte Gerät ersetzen wollen. Das Gerät selbst ist keine Laserpistole, wie ich mir das anfänglich vorgestellt habe, sondern eine Miniaturausführung unseres blitzenden Ferdinands, den wir ja schon kennen. Dieses müsse trotz Dreibein von einem Polizisten bewacht werden, da es sonst gestohlen werden könnte, was ich verstehe. Ebenso sei das alte Gerät aus dem Jahr 2011 nicht mehr funktionstüchtig, da der Blitz nicht mehr funktioniert und Tausende von Franken pro Jahr (seit letztem Jahr) für die Instandhaltung eingesetzt werden müssen, da es teils Ersatzteile nicht mehr gibt. Deshalb ist die Einsatzbereitschaft dieses Gerätes natürlich mangelhaft.

Nun, die Polizei Kloten hat zum Teil Abendschichten. Und das mit den erwähnten «Rasern» suggeriert natürlich böse, gefährliche Menschen und Rennen. Nun ist es halt so, dass sie an diversen neuralgischen Punkten dieses Gerät aufstellen (meist den Tag über), bei welchen ich mich frage, ob sie dort tatsächlich die in der Antwort erwähnten «Rennen» tatsächlich unterbinden wollen. Herr Schaub erzählte von einem Fall, bei welchem sie Raser erwischt haben

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es in Kloten neben der Verkehrssicherheit auch andere Sicherheiten zu beachten gibt. Es ist ein Bedürfnis, Sicherheit auch im Verkehr zu haben. Das verstehe ich. Wenn wir absolute Verkehrssicherheit haben wollen, müssen wir jeden Punkt aller öffentlichen Strassen automatisch überwachen lassen und dies würde die Kosten der Stadt Kloten sprengen. Also würden, wenn es rein nach dem «sicherer» geht, auch weitere Geräte angeschafft werden. Wo ist hier die Grenze?

Bei den beiden Orten, die genannt wurden, können meiner Meinung nach keine Raserrennen stattfinden, also ist es schlicht und einfach eine zusätzliche obermobile Kontrolle der Verkehrsgeschwindigkeit. Aber sie erwischen die Raser ganz sicher nicht.

Ich frage mich einfach, und hier spreche ich unsere Sicherheitsvorsteherin Priska Seiler Graf an, wie es sein kann, dass du an der letzten GRPK Sitzung nicht dabei warst und allen Gemeinderäten vor kurzem ein Mail geschickt hast. Marc Osterwalder und Herr Schaub haben uns das wunderbar erklärt. Wir haben das auch verstanden. Ich frage mich, weshalb du den Leuten nicht vertraust aus deiner Abteilung.

Es braucht meiner Meinung nach ganz sicher keinen Kauf, da das Teil in sechs Jahren wieder von der Technik überholt sein wird und ich unter Sicherheit eh was anders verstehe. Deshalb empfehlen wir die Streichung von CHF 110'000 der Investition und durch das buchhalterisch die Streichung von CHF 13'800 für die Abschreibung.

Wortmeldungen

Priska Seiler Graf, Stadträtin: Es ist immer wieder das Gleiche, wenn ein Geschwindigkeitsmessgerät im Budget steht. Es wird immer kritisiert, es wird immer gestrichen oder was auch immer. Ich muss ehrlich sagen, ich bin es langsam leid, immer die gleichen Argumente entgegenbringen. Aber ich mache es natürlich gerne nochmals.

Raser sind nicht das Hauptproblem. Das versuchen wir natürlich zu unterbinden. Ich glaube aber auch, dass das mehr Präsenz bräuchte, um alle Raser zu erwischen. Es ist wohl eher auch ein Glücksfall, wenn man auf Anraten der Bevölkerung zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist. Es geht um grundsätzliche Verkehrssicherheit,

die gewährleistet werden muss. Geschwindigkeitsbeschränkungen und Tempolimiten sind keine Schikanen der Bevölkerung. Bitte nehmt das zur Kenntnis. Diese haben einen Sinn. Deshalb sind sie auch verschieden und nicht überall gleich. An gewissen Orten darf man nur 30 km/h, an anderen Orten darf man 80 km/h fahren. Es gibt aber immer Leute, die sich nicht daran halten. Und diese gefährden die Verkehrssicherheit, die Sicherheit von sich selber (mit dem könnte ich leben, die sind selber schuld), aber sie gefährden auch die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Dort hört es für mich auch. Wo ist die Sicherheit am meisten gefährdet? Bei den schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern.

Ich habe die Statistik verschickt. Es wird aufgezeigt, dass es etwas nützt, wenn die Polizei vermehrt Kontrollen macht. Dann wird anständig gefahren. Ich muss ja nicht erwähnen, dass die Schwere der Unfälle exponentiell zunimmt mit der Erhöhung des Tempos. Das ist frappant. Deshalb sind die Tempo 30 Zonen auch so beliebt, deshalb ist das richtig in den Quartieren.

Wir haben ganz viele Anfragen der Bevölkerung. Sie fragen an, ob wir nicht messen könnten, da zu schnell gefahren werde. Wie sollen wir der Bevölkerung eine Antwort geben, wenn wir kein Gerät oder zu wenige Geschwindigkeitsmessgeräte haben? Wir haben die Semistationäre Anlage, die gute Dienste leistet. Wir brauchen aber auch das mobile Lasermessgerät. Sonst kann die Polizei ihre Arbeit nicht mehr richtig machen. Ich kann das nicht verantworten als Sicherheitsvorsteherin.

Ich höre aus dem Votum von Peter Nabholz die Frage nach der Mietmöglichkeit. Das nehme ich so zur Kenntnis.

Kim Mishra, glp-Fraktion: Was hat ein Wachhund ohne Zähne, der EHC Kloten und ein Verkehrspolizist ohne Geschwindigkeitsmessgerät gemeinsam? Alle drei warten auf bessere Zeiten.

Niemand wird gerne geblitzt und es kann einem den ganzen Tag vermasseln. Das kennen wir alle. Aber ab und zu daran erinnert zu werden, dass die Tafeln mit den roten Rändern keine Zielscheiben, sondern Geschwindigkeitsbegrenzungen sind, tut jedem Autofahrer gut, der ab und zu aufs Gas tritt. Alle profitieren – die Strassen werden sicherer, der Staat hat Einnahmen und der Bürger vielleicht ein schönes Foto oder einen hübschen Brief zu Hause. Man könnte sich jetzt aus dem Fenster lehnen und sagen (ich greife zum letzten Antrag von heute Abend vor), dass wenn wir mehr Geschwindigkeitsmesser in Kloten hätten, vielleicht der Bleifuss… äh sorry… der Steuerfuss noch mehr gesenkt werden könnte.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Abstimmung:

Der Antrag der FDP wird mit 15 Ja : 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

10) Antrag der GRPK Investitionsrechnung 340

340/5030.160	Sporttennisplätze Tennis Club Erhöhung auf CHF 460'000 (+ CHF 10'000)
Grund:	Budgetwert entspricht nicht dem Stadtratsbeschluss

Aus der Erhöhung resultiert bei der laufenden Rechnung eine Erhöhung von CHF 500 für Abschreibungen.

Der Vorsitzende gibt der Referentin der GRPK, Sigi Sommer, das Wort.

Sigi Sommer, SP, namens der ***GRPK***: Schon im Mai 2019 hat eine erste Schätzung über die Sanierung der Tennisplätze des Tennis Club Kloten ins Budget 2020 eingestellt werden müssen. Damals ging man von CHF 450'000 aus. Im späteren Beratungsgeschäft 133-2019, das am 4.6.2019 beantwortet wurde, wurde die Kostenschätzung über CHF 460'000 übernommen. Der Budgetposten wurde dann aber nicht angepasst. Die GRPK beantragt deshalb einstimmig, die Position 340/5030.160 von CHF 450'000 um CHF 10'000 auf CHF 460'000 zu erhöhen.

Gleichzeitig hätte die Erhöhung der Investitionskosten auch höhere Abschreibungen zur Folge. Der Betrag müsste um CHF 500 erhöht werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag der GRPK wird einstimmig angenommen.

4. Rückkommen

Es wurde über alle gestellten Anträge befunden. Das Rückkommen wird nicht verlangt.

5. Steuerfuss-Debatte

Pascal Walt, CVP, Präsident GRPK: Der Stadtrat beantragt im vorliegenden Budget 2020 den Steuerfuss von 103% auf dem jetzigen Niveau zu belassen. Im Hinblick auf die vor uns liegenden Investitionen folgen wir dem Antrag des Stadtrats und beantragen namens der GRPK den Steuerfuss auf 103% zu belassen.

Wortmeldungen

Keine Weitere Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Weitere Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Silvan Eberhard, SVP-Fraktion: Gut CHF 16 Mio. bei einem budgetierten Verlust von CHF 640'000, gut CHF 27 Mio. bei einem budgetierten Verlust von einer knappen Million Franken und fast CHF 24.5 Mio. bei einem budgetierten Gewinn von CHF 720'000. Das sind nicht irgendwelche Fantasiezahlen. Das sind Zahlen der letzten drei vorliegenden Rechnungsabschlüsse aus den Jahren 2016-2018. Sämtliche Abschlüsse weisen einen zweistelligen Millionengewinn aus. Im Budget ist dem Text zu entnehmen bei der Einleitung zur aktuellen Lage, dass auch 2019 voraussichtlich mit einem deutlich positiven Saldo abschliessen wird. Also einiges besser, als ursprünglich einmal budgetiert wurde. Der budgetierte Ertragsüberschuss für 2020 wurde bereits genannt. Er beträgt gut 1,5 Mio. Franken bei 10 Mio. Franken Einlagen in die finanzpolitischen Reserven.

Aus meiner Sicht ist der Antrag zur Senkung der Steuern um 1% auf 102%, woraus praktisch ein 0-Ergebnis resultieren würde, durchaus angebracht. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Stadt Kloten vorsichtig budgetiert, wobei man am Stadtrat keinen Vorwurf machen kann.

Die Erträge der juristischen Personen bei der Stadt Kloten zu budgetieren ist nicht ganz einfach. Eine Veränderung der wirtschaftlichen Lage kann diese massiv verändern. Trotzdem bin ich überzeugt, dass trotz grüner Welle weiterhin fleissig geflogen wird und es somit dem Flughafen Zürich und den Betrieben rund herum weiter gut geht und diese weiterhin gute Erträge erwirtschaften werden. Mit der Eröffnung des Circle siedeln sich weitere Firmen in Kloten an. Ich bin sicher, dass die budgetierten CHF 74 Mio. Steuereinnahmen bei den juristischen Personen erreicht werden können, auch mit einer Steuersenkung. Daher ist es aus der Sicht der SVP nichts als richtig, den Steuerfuss nach dem letzten Jahr erneut nach unten anzupassen.

Das letzte Jahr war in der Vorlage zum Grundstückkauf an der Steinackerstrasse auf die sehr gute Liquidität der Stadt Kloten hingewiesen worden. Mit der aktuellen Negativzinslage gibt es für mich keinen Grund, die Liquidität weiter auszubauen. Wir belassen das Geld lieber bei den Unternehmen und Privatpersonen, auch wenn es vielleicht im Einzelfall nicht allzu viel ausmacht.

Mark Wisskirchen, Stadtrat: Ich rechnete natürlich mit einem Senkungsantrag zum Steuerfuss. Für mich ist das eine populistische Geschichte oder um vielleicht ein Zeichen zu setzen. Die Bevölkerung wird davon gar nichts spüren, die Unternehmungen auch nicht wirklich. Christoph Fischbach hat das richtig dargelegt zu Beginn der Debatte.

Es stimmt aber Silvan Eberhard, uns geht es gut. Die Stadt Kloten schwimmt ein bisschen im Geld., das ist tatsächlich so. Wer aber bei der Finanzplanung im Frühling dabei war und genau zugehört hat, was die Finanzplaner aufgezeigt haben, der weiss, dass wir momentan gute Steuereinnahmen haben. Das Klumpenrisiko wurde auch schon erwähnt. Es ist einerseits ein Klumpenrisiko, andererseits sind wir dankbar, dass die Firmen um den Flughafen rum uns grosse Steuergeschenke bescheren.

Trotzdem ist es wichtig, dass wir weiterhin haushälterisch umgehen. Das macht unsere Verwaltung auch. Deshalb haben wir den vorliegenden ausgeglichenen Haushalt und können die Investitionsvorhaben, die wir seit Jahrzehnten vor uns herschieben, sukzessive umsetzen. Da stecken wir nun mitten drin. Mit 150 Mio. Franken in der Investitionsplanung, die vorausgeschoben werden, die ohne Fremdmittelaufnahme durchgebracht werden sollen, schauen wir in die Zukunft und setzen auf unsere Finanzstrategie. Wir wollen nicht zukünftige Generationen belasten mit irgendwelchen Schulden, die aufgehäuft wurden.

Ich habe immer für einen stabilen Steuerfuss plädiert. Wenn die Investitionen einmal einigermassen abgebaut sind, kann man tatsächlich über Steuersenkungen debattieren. Dann macht es irgendwann auch Sinn, wenn die finanzpolitischen Reserven soweit aufgestockt sind, dass wir bei einem wirtschaftlichen Einbruch immer noch finanzstark und liquid sind. Im Moment macht es für mich keinen Sinn und ich beantrage dem Gemeinderat deshalb den Steuerfuss auf 103% zu belassen.

Tim Häfliger, EVP-Fraktion: Im letzten Jahr hast du Silvan Eberhard gesagt, dass man die finanzpolitischen Reserven anhäufen wolle und dort keine Abstriche erwünscht seien. Für das braucht es einen stabilen Steuerfuss. Nach einem Jahr hat sich die SVP umstimmen lassen, vielleicht auch, weil ihnen die CHF 50-100 im Portemonnaie wichtig geworden sind. Die EVP setzt sich für einen stabilen Steuerfuss ein, die eine starke Finanzplanung zulässt und lehnt deshalb die Senkung des Steuerfusses klar ab. Viele anstehende Investitionen müssen finanziert werden, wie es Mark Wisskirchen bereits erwähnt hat. Uns ist es wichtig, dass wir uns nicht verschulden und die Verantwortung der nächsten Generation übergeben.

Kim Mishra, glp-Fraktion: Hand aufs Herz, wer lebt ohne Erspartes auf dem Konto. Ich glaube das sind die wenigsten hier im Raum. Lassen wir zuerst die finanzpolitischen Reserven aufbauen, bevor wir weiter am Steuerfuss schrauben. Die glp-Fraktion lehnt deshalb das Begehren der SVP ab.

6. Bereinigung Steuerfuss 2020

Der Antrag der SVP wird mit 10 : 22 Stimmen abgelehnt.

7. Schlussabstimmung bereinigtes Budget 2020

Das Budget 2020 inkl. alle vorhin beschlossenen Änderungen wird mit 30 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

8. Schlussabstimmung über die Festsetzung des Steuerfusses 2020 von 103 %

Der Steuerfuss 2020 von 103% wird einstimmig zugestimmt.

9. Beschluss

1. Das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2020, bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, wird mit folgenden Änderungen, über die je einzeln abgestimmt wurde, genehmigt:

1220.80/3636.00	Korrektur Beitrag Verein Landsgemeinde Kloten (findet 2020 nicht statt)	-	30'000.00
2210.10/3102.00	Korrektur Grundpauschale Stadtseite in Zeitung (gemäss Vereinbarung)	-	10'000.00
6210.00/3130.00	Korrektur Anwaltskosten bei Rekursen und rechtlichen Auseinandersetzungen (gemäss Fallzahl 2019)	+	16'000.00
7230.20/3111.00	Streichung Rasenmähroboter	-	30'000.00
8220.31/3113.00	Korrektur Anschaffung Hardware (doppelt budgetiert, ist auf KST 32700)	-	11'000.00
3222.38/3300.40	Änderung Abschreibung aufgrund Korrektur Investitionen	+	500.00
Total		-	64'500.00

Investitionen			
340/5030.160	Erhöhung Sporttennisplätze Tennis Club gem. StR-Beschluss (Korrektur)	+	10'000.00

2. Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% wird auf CHF 111'400'000.00 festgesetzt.

3. Der Steuerfuss wird auf 103% festgesetzt.

4.

Gesamtaufwand gemäss Antrag Stadtrat	CHF	206'421'101.00
Abzüglich beschlossener Änderungsanträge Gemeinderat	CHF	64'500.00
Gesamtaufwand neu	CHF	206'356'601.00
Gesamtertrag gemäss Antrag Stadtrat	CHF	208'007'916.00
Zu Gunsten des Eigenkapitals werden verbucht	CHF	1'651'315.00

5. Die Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von CHF 20'721'500.00 erfahren durch eine Veränderung eine Erhöhung von CHF 10'000.00 auf CHF 20'731'500.00.
   Die Nettoinvestitionen Finanzvermögen von CHF 100'000.00 bleiben unverändert.

6
Interpellation; Andreas Keller, FDP; Wachstumsprognose für Kloten; Begründung durch den Interpellanten

Mit Datum vom 05.11.2019 haben Andreas Keller, FDP, und Mitunterzeichner die Interpellation "Wachstumsprognose für Kloten" eingereicht.

Originalvorstoss

Durch die bauliche Verdichtung findet im Zentrum und in den Wohnquartieren eine rege Bautätigkeit statt, welche zusätzlichen Wohnraum schafft. Zusätzlich wird im Quartier Steinacker eine Transformierung vom Industriegebiet in eine Mischzone für Gewerbe und Wohnen vom Stadtrat angestrebt. Hinsichtlich der Summe, all dieser Ausbaupläne, ist in Zukunft mit einem massiven Einwohnerzuwachs zu rechnen.

Daher stellen sich in Bezug auf die Infrastruktur folgende Fragen für Kloten:
- Von welcher Wachstumsprognose geht der Stadtrat in den nächsten 15 bzw. 20 Jahren aus?
- Welche Auswirkungen hat die bauliche Verdichtung und somit mit dem daraus entstehenden Entwicklungspotenzial auf die verschiedenen Quartiere und deren Infrastruktur wie z. B. Schulen und Wohnen im Alter?
- Wie wird dem Fakt der wachsenden und immer älter werdenden Bevölkerung und dem Wunsch vieler älterer Personen nach alternativen Wohnformen zu den bestehenden Alters- und Pflegeheimen Rechnung getragen?
- Mit welchen Massnahmen wird dem steigenden Strassenverkehr – spezifisch dem motorisierten Individualverkehr — Rechnung getragen? Dies neben der Erweiterung der Öffentlichen Verkehrsmittel gemäss „Die Vision — Kloten verbindet“ und neben dem heute bereits vorhandenen Durchgangs- und Zubringerverkehr für den Flughafen.

Begründung durch den Interpellanten

Andreas Keller, FDP: Auch wenn in Kloten in den letzten Jahren nur gerade halb so viel gebaut wurde, wie in den umliegenden Gemeinden, so wächst Kloten ständig. The Circle bring x-tausend Arbeitsplätze und hoffentlich wird der ein oder die andere sich auch in Kloten niederlassen. Die Verdichtung schreitet voran, das ist gut so. Ein Wachstum an Arbeitsplätzen bring mehr Einwohner und die immer bessere Gesundheitsversorgung lässt uns älter werden. Somit brauchen wir immer mehr Wohnraum und speziell für die ältere Generation gibt es neue oder alternative Wohnformen. Konsequenterweise wird die Infrastruktur immer mehr aus- und belastet. Damit wir hier in Kloten für dieses Wachstum und für die Veränderung der Bedürfnisse bereit sind und nichts verpassen sollten, möchten wir gerne vom Stadtrat folgende Fragen beantworte haben:

- Von welcher Wachstumsprognose geht der Stadtrat in den nächsten 15 bzw. 20 Jahren aus?
- Welche Auswirkungen hat die bauliche Verdichtung und somit mit dem daraus entstehenden Entwicklungspotenzial auf die verschiedenen Quartiere und deren Infrastruktur wie z. B. Schulen und Wohnen im Alter?
- Wie wird dem Fakt der wachsenden und immer älter werdenden Bevölkerung und dem Wunsch vieler älterer Personen nach alternativen Wohnformen zu den bestehenden Alters- und Pflegeheimen Rechnung getragen?
- Mit welchen Massnahmen wird dem steigenden Strassenverkehr - spezifisch dem motorisierten Individualverkehr – Rechnung getragen? Dies neben der Erweiterung der Öffentlichen Verkehrsmittel gemäss „Die Vision – Kloten verbindet" und neben dem heute bereits vorhandenen Durchgangs- und Zubringerverkehr für den Flughafen.

René Roser, du siehst die FDP denkt auch an die Zukunft. Vielen Dank bereits jetzt für das Beantworten der Fragen.

Roger Isler, Stadtrat, dankt der FDP für diese äusserst spannenden Zukunftsfragen. Es hat verschiedene Themenbereiche Alter, Verkehr, Wirtschaft und die Entwicklung. In meinem Ressort wird intensiv an der Entwicklung gearbeitet. Selbstverständlich haben alle gestellten Fragen einen Einfluss aufeinander. Der Stadtrat nimmt die Interpellation sehr gerne entgegen und wird diese fristgerecht schriftlich beantworten.

Es gibt keinen Antrag auf Diskussion. Somit ist diese Interpellation dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

7
Interpellation; Christoph Fischbach, SP; Tief Löhne in der Stadt Kloten inkl. Flughafen, Begründung durch den Interpellanten

Mit Datum vom 13.11.2019, Eingang 14.11.2019, hat Christoph Fischbach, SP, die Interpellation "Tief Löhne in der Stadt Kloten inkl. Flughafen" eingereicht.

Originalvorstoss

Dem Flughafen verdankt die Stadt Kloten viele Arbeitsplätze. Tatsächlich arbeiten im Kanton Zürich nur in den Städten Zürich und Winterthur mehr Menschen. Doch Flugbegleiterinnen und Flugbegleiter, Beschäftigte der

Gebäudereinigung, im Detailhandel und in der Gastronomie arbeiten oftmals zu Tieflöhnen von weniger als 4'335 Fr. pro Monat bei einer äquivalenten Vollzeitstelle.

Der Stadtrat der Stadt Zürich hat kürzlich Daten zum Tieflohnsektor in der Kantonshauptstadt veröffentlicht. Die Grundlage waren Daten aus der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2016. Sie wird seit 1994 regelmässig vom Bundesamt für Statistik (BFS) durchgeführt.

Um zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten vergleichen zu können, müssen die erhobenen Beträge (inkl. Sozialabgaben) auf standardisierte Monatslöhne, das heisst auf eine einheitliche Arbeitszeit von 4 1/3 Wochen zu 40 Stunden, umgerechnet werden. Dabei setzt sich der monatliche Bruttolohn aus dem Bruttoeinkommen eines Monats, den Zulagen für Schichtarbeit sowie Sonntags- und Nachtarbeit, 1/12 des 13. Monatslohns und 1/12 der jährlichen Sonderzahlungen zusammen. Nicht berücksichtigt werden Familien- und Kinderzulagen.

Wir möchten dem Stadtrat gern folgende Fragen stellen.

1. Welchen Anteil haben Tieflohnbeziehende an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Stadt Kloten inkl. Flughafen?
2. Welches Geschlecht haben die Tieflohnbeziehenden?
3. Welcher Altersgruppe gehören die Tieflohnbeziehenden an?
4. Welchen Anteil haben Tieflohnbeziehenden mit weniger als 4'000 Fr. Monatsverdienst bei einer äquivalenten Vollzeitstelle? Welches Geschlecht haben die Betroffenen?

Begründung durch den Interpellanten

Christoph Fischbach, SP: Dem Flughafen verdankt die Stadt Kloten viele Arbeitsplätze und natürlich auch unsere gute finanzielle Lage dank den hohen Steuereinnahmen daraus. Aber hinter den Unternehmen, welche uns diese Steuereinnahmen bescheren, stehen auch Mitarbeiter und Menschen. Tatsächlich arbeiten im Kanton Zürich nur in den Städten Zürich und Winterthur mehr Menschen als in Kloten und am Flughafen. Doch Flugbegleiterinnen und Flugbegleiter, Beschäftigte der Gebäudereinigung, im Detailhandel und in der Gastronomie arbeiten oftmals zu Tieflöhnen von weniger als CHF 4'335 pro Monat bei einer äquivalenten Vollzeitstelle. Darum wollen wir mehr über dieses Thema erfahren und entsprechende Fakten haben.

Der Stadtrat der Stadt Zürich hat kürzlich Daten zum Tieflohnsektor in der Kantonshauptstadt veröffentlicht. Die Grundlage waren Daten aus der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2016. Sie wird seit 1994 regelmässig vom Bundesamt für Statistik (BFS) durchgeführt. Da Zürich diese Erhebungen machen kann, kann dies Kloten auch machen. Darum fordern wir den Stadtrat auf, diesen Aufwand auf sich zu nehmen und diese Zahlen und Fakten zusammenzutragen.

Um zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten vergleichen zu können, müssen die erhobenen Beträge (inkl. Sozialabgaben) auf standardisierte Monatslöhne, das heisst auf eine einheitliche Arbeitszeit von 4 $^1/_3$ Wochen zu 40 Stunden, umgerechnet werden. Dabei setzt sich der monatliche Bruttolohn aus dem Bruttoeinkommen eines Monats, den Zulagen für Schichtarbeit sowie Sonntags- und Nachtarbeit, $^1/_{12}$ des 13. Monatslohns und $^1/_{12}$ der jährlichen Sonderzahlungen zusammen. Nicht berücksichtigt werden Familien- und Kinderzulagen.

Wir stellen Stadtrat darum folgende Fragen.

1. Welchen Anteil haben Tieflohnbeziehende an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Stadt Kloten inkl. Flughafen?
2. Welches Geschlecht haben die Tieflohnbeziehenden?

3. Welcher Altersgruppe gehören die Tieflohnbeziehenden an?
4. Welchen Anteil haben Tieflohnbeziehenden mit weniger als CHF 4'000 Monatsverdienst bei einer äquivalenten Vollzeitstelle? Welches Geschlecht haben die Betroffenen?

Wir bedanken uns bereits jetzt für die Beantwortung der Fragen.

René Huber, Stadtpräsident: Der Stadtrat ist bereit, die Interpellation entgegen zu nehmen und wird die Fragen schriftlich beantworten.

Kein Antrag um Diskussion. Somit ist diese Interpellation dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

8
Diverses Gemeinderatssitzung

Ausfall der Reserve-Gemeinderatssitzungen
Die Ratsleitung hat beschlossen, die Reserve-Gemeinderatssitzung vom 17.12.2019 abzusagen. Auch die Gemeinderatssitzung vom 21.1.2020 werden aufgrund mangelnder zu beschliessender Geschäfte abgesagt.

Das neue Jahr beginnt für den Gemeinderat am Montag, 13. Januar 2020, 17.30 Uhr, mit dem Anlass "Gespräche mit Ausblick". Die Einladung haben heute alle erhalten.

Rechtsbelehrung
Betreffend die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte werden aus dem Rat keine Einwände erhoben.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten, 9.1.2020

GEMEINDERAT KLOTEN

Heiri Brändli
Präsident

Oliver Streuli
1. Vizepräsident

Irene Frischknecht
2. Vizepräsidentin